

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 2 in Hamburg)

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57/66, 3. Et.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Beilage ober deren Raum 80 A.
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Der Kampf um die Arbeitskraft.

Längst weiß man es, daß die Arbeitsnachweise der Unternehmer nichts anderes sind als eine neue Form der Scharfmacherorganisation. Die Schaffung des Zwangsnachweises des Zechenverbandes hat wohl die letzten Zweifel der Schwachmüßigen in dieser Beziehung zerstört; in einer vor einiger Zeit erschienenen Schrift finden wir an der Hand von authentischen Dokumenten eine Darstellung der inneren Organisation und des Wesens dieser trügerischen „Wohlfahrts“einrichtung. Es ist ein bürgerlicher Forscher, der uns den Nachweis dafür bringt, daß die Nachweise der Arbeitgeber durch die Zusammenfassung und einheitliche Geltendmachung der Nachfrage nach Arbeitskräften ein Mittel der Abwehr sein sollen gegen die Konzentration des Arbeitsangebotes, wie sie seitens der Gewerkschaften erfolgt. Die Entstehung der Arbeitgebernachweise erklärt nicht nur, sondern rechtfertigt auch vollaus die Gegnerschaft, die die Nachweise bei allen klar denkenden und redlichen Menschen gefunden haben. Noch mehr ist dies der Fall, wenn man die Grundsätze der Arbeitsvermittlung, die Vermittlungstechnik und -ergebnisse kennen lernt. Allerdings hat dem Erforscher dieser Schamteile des Kapitalismus kein vollständiges Material vorgelegen. Etwa 40 Unternehmerverbände haben ihm „prinzipiell“ jede Auskunft verweigert, andere überhaupt keine Antwort erteilt. Die Herren Unternehmer werden wohl wissen, warum sie ihre Nachweise so schamhaft verdecken.

Offiziell tun sie das natürlich nicht; im Gegenteil, da wird — siehe das „sozialpolitische“ Programm des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände — erklärt, daß die Arbeitsnachweise „im Interesse der vaterländischen Gewerbebetätigung in den Händen der Arbeitgeber liegen“ müßten, daß „das System der paritätischen und öffentlichen (kommunalen) Nachweise zu verwerfen sei. Und nicht nur von unmittelbar interessierter Arbeitgeberseite, auch von Seiten unabhängiger Sozialpolitiker wird nicht nur die Notwendigkeit, sondern auch die Zweckmäßigkeit und Ueberlegenheit der Arbeitgebernachweise geglaubt und die Anschauung vertreten, daß — da die öffentlichen statistischen Nachweise nur die Vermittlung der ungelerten und Gelegenheitsarbeiter zu besorgen vermöchten — die Unternehmernachweise unentbehrlich seien, welche Unentbehrlichkeit in den Vermittlungsergebnissen zum Ausdruck zu kommen scheint. Eine objektive Prüfung der Tatsachen ergibt nun freilich, daß die Ansichten der kapitalistischen Lobby über die Wirksamkeit und die Leistungen der Arbeitgebernachweise in entscheidenden Punkten zu korrigieren sind.

Von 206 Nachweisen verteilen sich zwei Drittel auf die Gruppen des Bergbaues, der Metallindustrie, des Baugewerbes und des Verkehrswesens. Die Exportindustrien sind demnach an den Arbeitgebernachweisen nicht oder nur wenig beteiligt, und entgegen den Behauptungen der Unternehmer besteht zwischen dem Ausblühen der Ausführindustrie und der Verbreitung der Arbeitsnachweise kein Zusammenhang. Aber auch in den Industrien, die Arbeitgebernachweise eingerichtet haben, zeigt die lokale Verteilung, daß weite Kreise der Unternehmer die Arbeitgebernachweise entbehren können. Nur bei den preussischen Scharfmachern ist dieses System besonders ausgebildet.

Davon abgesehen, zeigt sich, daß mangels einer Verbindung der einzelnen Nachweisstellen von einer gemeinsamen Beobachtung und Regelung des Arbeitsmarktes keine Rede ist. Nicht einmal über die lokalen Arbeitsmärkte wird ein Ueberblick ermöglicht, weil die Vermittlungsziffern aus speziellen Gründen stets viel höher erscheinen. Dadurch, daß jede Arbeitsvermittlung nur durch den Nachweis erfolgen kann, schnellen die Vermittlungsergebnisse empor; im übrigen sind diese nur der Ausdruck des Machtverhältnisses, der Beherrschung des Arbeitsmarktes durch die Unternehmer. Ähnlich zeigen sich scheinbar günstige Vermittlungsziffern überall dort, wo Nachweiszwang oder Anzeigezwang besteht: wo also Arbeiter und Unternehmer selbst, ohne Inanspruchnahme des Nachweises, den

Arbeitsvertrag abschließen und diese Tatsache dem Nachweis behufs Registrierung zur Kenntnis gebracht wird — eine häufige Spielart — „obligatorischer“ Nachweise. In allen diesen Anstalten erscheinen dann die Benachrichtigungen der Nachweise als „Bemittlungen“ und tragen zu den „glänzenden“ Ergebnissen der Vermittlungstätigkeit bei. Die hohe Durchschnittsziffer der Bemittlungen erklärt sich ferner daraus, daß vorwiegend großstädtische Vermittlungen bestehen respektive berichten. Die kleinstädtischen Nachweise veröffentlichen keine Daten. Da nun die öffentlichen Nachweise vor allem in kleineren Städten ihren Sitz haben, so weisen sie durchschnittlich viel weniger Bemittlungen auf; das beweist natürlich nichts für die Arbeitgebernachweise, wiewohl die Scharfmacher es so hinstellen. Die Arbeitgebernachweise sind überdies besonders in Branchen tätig, deren Arbeitspersonal rasch wechselt: so im Baugewerbe, wo in jedem Frühjahr der gesamte Arbeiterstand aller Betriebe neu eingestellt wird; desgleichen in der Metallindustrie, besonders in der Eisenindustrie, im Verkehrsgewerbe, im Ruhrbergbau usw. Ueberall da erklärt die große Fluktuation ohne weiteres die hohen Vermittlungsziffern der Nachweise.

Davon abgesehen sind die statistischen Daten der Arbeitgebernachweise zumeist sehr ansehnlich, unverständlich, manchmal falsch und oft ganz unsinnig. So berichtet mehr als die Hälfte aller Nachweise Jahr für Jahr, daß sich die Zahl der offenen und besetzten Stellen deckt — ein Resultat, das nur dadurch erzielt werden kann, daß die Zahl der offenen Stellen nicht gebucht wird. Oft ist die Zahl der besetzten Stellen höher angegeben, weil auch die nicht durch den Nachweis besetzten Stellen als „Bemittlung“ registriert werden: sie erscheinen in der Statistik gar nicht oder gelegentlich als „Passanten“ des Nachweises (so meist im Baugewerbe). Auch bei den größten Nachweisen kommen unsinnige Angaben vor, wie die, daß die Zahl der Stellensuchenden geringer ist als die Zahl der besetzten Stellen und dergleichen mehr. Kurz, zwei Drittel der Arbeitgebernachweise, zu welchen die größten gehören, liefern statistisch unbrauchbares Material und beweisen dadurch ihre Untauglichkeit zur Erforschung und Aufklärung des Arbeitsmarktes.

Interessant ist die von Berliner Metallwarenfabrikanten eingeführte Arbeitslosenunterstützung für diejenigen nichtorganisierten Arbeiter, welche durch den Nachweis nicht an eine für sie geeignete Arbeitsstelle gebracht werden können — ein augenfälliger Beweis dafür, daß die gewerkschaftlichen Einrichtungen auch den nichtorganisierten Arbeitern zugute kommen.

Wiewohl es an der „guten“ Absicht der Scharfmacher, diese Nachweise als Kampfmittel gegen Streiks zu benutzen, natürlich nicht mangelt, so scheint doch mit dem Wachstum der freien Gewerkschaften dieses Scharfmacherrezept immer mehr zu versagen. Ein bemerkenswertes Anzeichen dafür ist ferner, daß seitens der Nachweise auch nicht mehr nach der Organisationszugehörigkeit gefragt wird und daß gelbe Arbeiter nicht unbedingt bevorzugt werden, offenbar, weil die Unternehmer mit solchen schlechten Erfahrungen machen. Der Kampf um die Ware Arbeitskraft ist eben ohne die Besitzer derselben nicht zu führen, weder mit List noch mit Gewalt.

Zur Bildung von Bauarbeiterschuttkommissionen.

II.

Wenn man die in der Tabelle des vorigen Artikels angegebenen Zahlen analysiert und ihnen in ihren Einzelheiten nachgeht, so findet man, daß in einer nicht geringen Zahl von Orten mit etwas über 10 000 Einwohnern schon seit Jahren Kommissionen bestehen, die nach den örtlichen Verhältnissen ihre Aufgaben zweckmäßig erfüllen. In andern Orten mit einer größeren Einwohnerzahl und einer sehr großen Zahl von Mitgliedern der baugewerblichen Verbände, wird in jedem Frühjahr eine Kommission gegründet, die dann nach einer Sommerkontrolle im Herbst sanft und ohne Aufsehen zu erregen wieder ein-

schläft. Eine Anzahl anderer Kommissionen brauchen sich diesem „natürlichen Drange nach getaner Arbeit“ nicht erst hinzugeben — die schlafen immer. Nach der letzten Volkszählung von 1905 haben wir in Deutschland gegen 250 Gemeinden, die über 20 000 Einwohner zählen. Hier hätte man billigerweise nach Verlauf von zwölf Jahren erwarten müssen, daß in diesen Gemeinden von den Zweigvereinen oder Filialen der Gewerkschaften gegründete Kommissionen vorhanden sein müßten. Es bedarf gar keiner Betonung, daß bei der Bildung von Bauarbeiterschuttkommissionen nicht nach schematischen Grundrissen verfahren werden kann, sondern daß hierbei immer die örtliche Baukonjunktur und die Stärke der baugewerblichen Organisationen am Ort wird mitsprechen müssen.

Auffällig bei dem Ergebnis der Erhebungen ist die Beteiligung der Kartelle an der Bauarbeiterschuttsache. Daraus erhält man einige Fingerzeige für unser weiteres Vorgehen bei der Bildung von Kommissionen und der Wahrnehmung der in Frage kommenden Aufgaben. Wenn der Armruf der Bauarbeiterschuttkonferenzen nach stärkerer Betätigung für den Schutz von Gesundheit und Leben in die Tat umgesetzt werden soll, dann ist eben erforderlich, daß auf diesem Gebiet mehr praktisch gearbeitet wird und auch mehr Kommissionen geschaffen werden. Die Tätigkeit einer Bauarbeiterschuttkommission verlangt zum Erfolg auch ein zielbewusstes und planmäßiges Handeln. Zu diesem Zweck hat die Landeskommision für Bayern in München mit dem Zentralsekretär für Bauarbeiterschuttsache einige Anweisungen ausgearbeitet, die hier in Kürze wiedergegeben werden sollen.

Die Bauarbeiterschuttkommissionen haben im wesentlichen die Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, daß erstens die behördlichen und bauberufsgenossenschaftlichen Schutzvorschriften in wirksamer Art zur Geltung kommen, zweitens diese Vorschriften im Sinne der Forderungen der Arbeiter eine Erweiterung erfahren und drittens durch eine tatkräftige Agitation auf dem Bau, in der Werkstätte, in den Versammlungen und in der Presse die baugewerbliche Arbeiterschaft zu einem größeren Schutzbedürfnis und zur Selbsthilfe erzogen wird.

Hierbei ist zu beachten, daß die Tätigkeit dieser Kommissionen in enger Fühlung mit den in Frage kommenden bauberuflichen Verbänden vor sich gehen soll. Zu diesem Zweck braucht eine derartige Kommission keine Statuten, aber einige Bestimmungen, wie die Zusammensetzung alljährlich geregelt, die Geschäfte geleitet und die Beschlüsse durchgeführt werden sollen. Die Kommission bildet sich aus den baugewerblichen Organisationen nach den darin vorhandenen Verufen. Die einzelnen Zweigvereine, Filialen oder Sektionen haben für ein Jahr Vertreter oder Delegierte zu bestimmen. Außerdem müssen die Organisationen bei dem Anschluß an die Kommission verpflichtet werden, die Zahl der für die Schutzbestrebungen in Frage kommenden Mitglieder anzugeben, wonach die erforderlichen finanziellen Beiträge zu leisten sind. Jede Kommission wird einen Vorsitzenden oder Obmann und einen Schriftführer haben müssen. Die Kassengeschäfte sind erforderlichenfalls von dem Vorsitzenden mit zu besorgen. Inwieweit ein Kassierer besonders notwendig ist, muß sich aus den örtlichen Verhältnissen und der Tätigkeit der Kommission ergeben. Bei den geringen Summen, die hier gebraucht werden, ist ein Kassierer nur in größeren Orten notwendig. Die Verwaltung oder Wahrnehmung der vorbezeichneten Vertrauensposten geschieht ehrenamtlich. Dabei soll aber nicht ausgeschlossen sein, daß die Kommission, wenn möglich, an ihre Mitglieder Sitzungsgelder bezahlt. Die Arbeitsverhältnisse der Mitglieder oder anderer Beauftragter der Kommission im Dienste der Bauarbeiterschuttsache (bei Bautenkontrollen usw.) müssen selbstverständlich nach dem tariflichen Lohn entschädigt werden.

Eine der wichtigsten Fragen bei der Wahrnehmung der Bauarbeiterschuttsache ist die Höhe der Geldunterstützung oder die Beitragsregelung durch die beteiligten Organisationen. Ohne Geld, ohne Beiträge wird sich auf diesem Gebiet wenig erreichen lassen. Die Tätigkeit aller Landes- und einer beträchtlichen Zahl

von Lokalkommissionen scheiterte im Laufe der Zeit an dem Mangel an finanziellen Mitteln. Die organisierte Bauarbeiterschaft muß sich bei dem Ernst der Sache hierin stets ihrer Pflicht bewußt sein. Die Selbstunterstützungen können von den Organisationen in Pauschalsummen nach der Stärke der Organisationen vierteljährlich, halbjährlich oder jährlich bezahlt werden. Die Kommission kann aber auch einen Beitrag nach Bedarf erheben. Als allgemein üblich hat sich ein bestimmter Beitrag für das Mitglied der beteiligten Organisationen durchgerungen, der viertel- oder halbjährlich bezahlt wird. Ist die Mitgliederzahl der baugewerblichen Organisationen so gering, daß sie nicht in der Lage sind, die in Betracht kommenden Kosten selbst zu decken, so ist, wenn möglich, das am Ort bestehende Gewerkschaftskartell zu veranlassen, hier einzugreifen. Werden vom Kartell die Kosten dieser Kommission teilweise oder ganz bezahlt, so ist auch dem Kartellvorstand eine Vertretung in der Kommission zu gewähren. Im übrigen aber kann es unter bestimmten örtlichen Verhältnissen angebracht sein, daß die Bauarbeiterschutzhilfe durch den Kartellvorstand überhaupt wahrgenommen wird. In den kleineren Orten sind unsere Kollegen bei ihrer Tätigkeit für die Organisation und für den Bauarbeiterschutz sehr leicht Maßregelungen durch Unternehmer und Behörden ausgeübt. Daraus kann sich ein derartiges Eingreifen des Kartellvorstandes ergeben. Da, wo mehrere kleinere Orte nahe beisammen liegen, ist zu empfehlen, daß sie zu einem Agitationsbezirk für die Bauarbeiterschutzhilfe vereinigt werden und dazu eine Kommission gebildet wird.

Im einzelnen tritt bei den Aufgaben der Bauarbeiterschutzhilfen vor allem die Beaufsichtigung der örtlichen Bauausführungen in den Vordergrund, ferner die Kontrolle, inwieweit die behördlichen Organe hier ausreichend ihre Pflicht erfüllen. Gegen Mißstände muß in der Organisation und in der Presse mit Nachdruck Stellung genommen und bei den Behörden um Abhilfe ersucht werden. Die Kommission muß deshalb mit den Vertrauenspersonen und den Baudelegierten der einzelnen Berufsorganisationen insoweit Fühlung unterhalten, daß sie ständig von allen Vorgängen beim Bau, die den Arbeiterschutz betreffen, unterrichtet ist. Um einen Ueberblick über den Stand und die Entwicklung des Arbeiterschutzes zu haben, müssen mindestens im Jahr zwei Kontrollen der Bauten, im Sommer und im Spätherbst, vorgenommen werden. Die hierzu nötigen Fragebogen und Zusammenstellungsformulare werden von der „Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission“ unentgeltlich geliefert. Bei diesen Erhebungen sind auch die Mißstände bei den Beton-, Eisenkonstruktions-, Tief-, Straßen- und Brückenbauten festzustellen. Für die Betonbauten sind bei der „Sozialpolitischen Abteilung“ besondere Fragebogen einzufordern. Das Resultat dieser Erhebungen von den örtlichen Bauten oder den Bauten eines Erhebungsbezirks muß durch ein ausgefülltes Zusammenstellungsformular der Landeskommission oder den Bauleitern, der Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission und möglichst auch den örtlichen Baupolizeibehörden mitgeteilt werden. Bei äußerst wichtigen Ergebnissen kann es sich auch als notwendig erweisen, dem Regierungspräsidenten oder dem Bezirksamt und dem Ministerium davon Mitteilung zu machen.

Außer diesen Kontrollen werden auch die Vorgänge bei Abbrüchen und Renovierungsarbeiten zu beachten sein. Bei den Arbeiten an Dächern ist auf den Schutz der Dachdecker und Klempner (Spengler) zu achten. Dasselbe ist auch bei Anstreicherarbeiten auf Leitern sowie Leiter- und Stangengerüsten notwendig. Leitergerüste werden jetzt immer mehr auch zu Abputzarbeiten verwendet und oft verhältnismäßig schwer belastet.

Was bei diesen Kontrollen bezüglich des Fragebogenmaterials noch mangelt, wird nachgeholt werden müssen. Es sind in den letzten Jahren vereinzelt Wünsche laut geworden, daß das Zentralsekretariat oder die Landeskommissionen auch Fragebogen für einzelne Berufe und auch solche für Abbrüche, Straßen- und Eisenkonstruktionsbauten herausgeben möchten. Hier wäre zu wünschen, daß bei der Erweiterung dieses Materials die leitenden Personen der Zweigvereine oder Zahlstellen und auch sonst alle Kollegen, denen die Sache des Bauarbeiterschutzes am Herzen liegt, mit geeigneten Vorschlägen hervortreten. Ueberhaupt würde es für die Sache des Bauarbeiterschutzes von großem Vorteil sein, wenn auf diesem so vielseitigen Gebiet eine größere Mitarbeit einträte; denn das Zentralsekretariat und die Landeskommissionen nehmen für sich nicht in Anspruch, als der Born aller Weisheit und Ueberlegenheit zu gelten. Unsern Kollegen ist immer wieder nahezu legen, daß sie beim Bau selbst alles tun müssen, was im Interesse des Arbeiterschutzes erforderlich ist, und daß sie den Anweisungen der Baupolizeiorgane, der technischen Aufsichtsbeamten der Bauergewerkschaften nachzukommen haben. Es muß von jedem denkenden Arbeiter

erwartet werden, daß er sich verpflichtet fühlt, die Tätigkeit dieser Aufsichtsorgane zu erleichtern und recht wirksam zu gestalten. In Bayern, Baden, Württemberg und Elsaß-Lothringen sind in den Gemeinden auch vereinzelt „Bauaufseher aus dem Arbeiterstande“ angestellt, die ganz besonders auf unsere Unterstützung Anspruch erheben können.

Die Kommission muß halbjährlich oder jährlich einen Bericht über ihre Tätigkeit erstatten. Dieser Bericht muß in der Arbeiterpresse und in den Berufsversammlungen von den Mitgliedern (Delegierten) der Kommission gegeben werden. Gibt das Gewerkschaftskartell alljährlich einen gedruckten Bericht heraus, so ist dafür zu sorgen, daß in diesem Bericht auch eine Darstellung über die Tätigkeit der Bauarbeiterschutzhilfen enthalten ist. Für die Agitation wird es immer von Wert sein, wenn sich die leitenden Personen das Material, das die Bauarbeiterschutzhilfen bietet, aneignen. In Frage kommen hierbei die Berichte der früheren Zentralkommission, die bei den Zweigvereins- oder Filialvorständen einzusehen sind. Vor allem kommen für die einzelnen Bundesstaaten und Provinzen die Protokolle von den Bauarbeiterschutzhilfen in Betracht, die reichliches Material enthalten. Aber auch in den Berichten und Jahrbüchern unserer baugewerblichen Zentralvorstände ist vortreffliches statistisches Material über die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse der baugewerblichen Berufe enthalten. Das gleiche ist auch von den Berichten der Krankenkassen zu sagen. Dieses Zahlenmaterial, das sich besonders für die Agitation eignet, wird in unsern Kreisen viel zu wenig beachtet. Als selbstverständlich muß weiter angesehen werden, daß sich die Kommissionsmitglieder und alle baugewerblichen Arbeiter über die berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütungsvorschriften, über die Landes- und Lokalschutzvorschriften gut informieren. Werden neue oder verbesserte Schutzvorschriften irgendwelcher Art für das Baugewerbe bekanntgegeben, so ist es Pflicht des Vorsitzenden der Kommission, diese sofort in der Arbeiterpresse zu veröffentlichen und dem Zentralsekretariat sowie dem Vorsitzenden der Landeskommission mitzuteilen. Auch die Arbeitervertreter in den Stadtverordneten- und Gemeindefolklegien müssen gut und zuverlässig über die örtlichen Verhältnisse bei den Bauten informiert werden. Das ist um so mehr notwendig, weil von hier aus die Baupolizeibehörden Anregungen erhalten sollen.

Die Agitation in den baugewerblichen Organisationen darf nicht allein darin bestehen, den Arbeitern in trockenschaler Art die Bedeutung von dieser oder jener Schutzeinrichtung klarzumachen, sondern es muß in Verbindung hiermit darauf hingewiesen werden, ihren Innenmenschen zu berühren und ihr Lebensbewußtsein mehr zu entwickeln. Diese Aufgabe geht, nur äußerlich betrachtet, über den engen Rahmen der Bauarbeiterschutzhilfe hinaus. Alle Erfolge dieser Agitation hängen aber wesentlich davon ab, wie der einzelne Arbeiter sein Leben bewertet. Eines der größten Hindernisse für die Entwicklung des Gesundheitschutzes ist der Lebenspessimismus in den Kreisen der Arbeiter, deshalb werden die leitenden Personen nur dann Erfolge nach jeder Richtung aufzuweisen haben, wenn sie es verstehen, das Gefühlsleben des Arbeiters zu erweitern und sein Inneres mehr auszufüllen mit geistig-sittlichen Ideen. Darum soll neben der Wahrnehmung der materiellen Interessen auch durch Referate und andere Anregungen auf alles Schöne, was uns auf dem Gebiete der Literatur, der Kunst und der Natur zugänglich ist, hingewiesen werden. So werden Menschen großgezogen und umgebildet, die den Wert des Lebens begreifen und auch den Mut haben, das Leben gegen alle Feinde eines wahren Arbeiterschutzes zu verteidigen!

G. H.

Ämtlicher Volksbetrug durch die Statistik.

Th. Berlin, 15. September.

Statistik ist eine wichtige Sache. Während die einzelne, aus dem Rahmen des Gesamtbildes gerissene Erscheinung täuscht, erfährt die Statistik alle Verhältnisse und sagt uns ziffernmäßig, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen. Die Statistik muß zu diesem Zwecke auch in die Winkel eindringen, die dem Auge für gewöhnlich verborgen bleiben.

Die Arbeiterbewegung hat den Wert der Statistik frühzeitig erkannt und sie sich dienstbar gemacht. Was die deutschen Gewerkschaften seit anderthalb Jahrzehnten auf dem Gebiete der Statistik geleistet haben, wird auch von Gegnern als musterbildig anerkannt. Ueber die Dauer des Arbeitstages, über die Lohnverhältnisse und über andere tief ins Arbeiterleben einschneidende Fragen ist erst durch die von den Arbeiterorganisationen veranstalteten Statistiken die notwendige Klarheit geschaffen worden. Auch über die Beschaffenheit der Arbeiterwohnungen, über die gesundheitlichen Verhältnisse in Fabriken und Werkstätten haben zuerst Statistiken Aufschluß gegeben, die von Arbeitern vorgenommen worden sind. Aus vielen Dutzenden von Beispielen, die angeführt werden könnten, sei nur er-

innert an die Untersuchungen über die Wohnungsverhältnisse, die von der Verwaltung der Berliner Krankenkassen fortgesetzt betrieben werden und die ein so furchtbares Unflagematerial gegen die bestehenden Zustände zutage gefördert haben, daß auch die Behörden aus ihrer Passivität gerissen worden sind.

Mehr als einmal haben Organe der Staatsregierungen sich bemüht, durch Nachprüfung der Ergebnisse unserer statistischen Aufnahmen dieselben ins Unrecht zu setzen. Das ist nicht gelungen; denn es ist ganz selbstverständlich, daß bei jeder Statistik mit der größten Gewissenhaftigkeit verfahren werden muß. Eine Statistik darf niemals mit der Absicht aufgenommen werden, ein vorher bestimmtes Ziel zu erreichen; sie darf nicht gefärbt werden, weder nach der günstigen noch nach der ungünstigen Seite hin. Jede Tendenzstatistik ist unbedingt verwerflich. Man muß die Einzelziffern und Einzelumstände nehmen, wie sie sind. Was die Zusammenstellung ergibt, wird sich dann schon zeigen. Die Statistik soll niemand zuliebe, niemand zuhause geführt werden. Sie soll die nackte, objektive Wahrheit verkünden.

Diese selbstverständliche Voraussetzung für jede Statistik ist jedoch schon so oft geflüstert worden, daß das Wort, mit der Statistik könne man alles beweisen, leider nur zu berechtigt ist. Welcher Unfug von den Plottenzügen, von den Agrariern, von einseitigen Politikern, auch von der Regierung bereits mit der Statistik getrieben worden ist, hat an dieser Stelle schon oft an den Pranger gestellt werden müssen. Durch willkürliche Gruppierung der Ziffern, durch Weglassen wesentlicher Momente, wohl auch durch direkt gefälschte Ziffern entstellt man das statistische Bild und gelangt leicht zu dem entgegengesetzten Ergebnisse von dem, was der Wirklichkeit entspricht.

Es ist ein Berufsstatistiker, der soeben in einem bürgerlichen Blatte scharf Stellung nimmt gegen drei statistische Fälscherkunststücke, die von der „Nordd. Allgem. Ztg.“, dem Organe des Reichszanklers, in neuester Zeit vorgenommen worden sind, um die öffentliche Meinung irrezuführen.

Der erste Fall betrifft die diesjährige Erntestatistik. Anfang Juli kündigte das Preussische Statistische Landesamt auf Grund von Mitteilungen, die ihm von 4000 beziehungsweise 5700 agrarischen Vertrauensmännern zugegangen waren, eine vorzügliche Roggenernte an. Die Ernte werde besser ausfallen als je eine zuvor. Diese Voraussage war den Agrariern um deswillen höchst unangenehm, weil sie von ihr ein Sinken der Getreidepreise befürchteten. Die agrarische Presse, voran die „Deutsche Tageszeitung“, bezeichnete daraufhin die Angabe des Statistischen Landesamts als aus der Luft gegriffene, nicht maßgebende Spielerei. In den beiden nächsten Berichten des Statistischen Landesamts vom 26. Juli und 3. August hatte sich dann auch sofort das Bild völlig verändert. Die „Statistische Korrespondenz“ mußte plötzlich auf Grund der ihr nunmehr zugestellten Angaben melden, daß der Stand der Felder höchst ungünstig sei. Wie der erwähnte Berufsstatistiker mitteilt, war durch folgende Feinde einer guten Ernte angeblich alle Hoffnung vernichtet worden: Gluthitze, Trockenheit, Körnerlockerung, Frühreife, Notreife, Hederich, Drahtwürmer, Frittsfliegen, Feldmäuse, Mehltau, Brand, Rost, Blattroll- und Kräuselkrankheit. Das ganze Arsenal aller nur denkbaren Schädiger des Roggens marschierte also auf. Der August zeigte jedoch, nicht auf Grund bloßer Schätzungen, sondern an der Hand sicherer Berechnungen, daß das Ernteergebnis wirklich ein ganz vorzügliches gewesen ist, daß sogar zum Teil die günstige Voraussage vom Anfang Juli noch übertroffen worden war. Das Statistische Landesamt war rückgratfest genug, offen zu erklären, es sei bei den zweiten Angaben von den Vertrauensmännern dupiert worden. Auch mit der „Deutschen Tageszeitung“ hat es ernstlich abgerechnet. In diesem Falle ist also dem Versuch, durch die Statistik die Öffentlichkeit zu betrügen, schnell ein Ende gemacht worden. Aber mit Recht wirft der Gewährsmann die Frage auf, ob wir in aller Zukunft vor solchen Fällen geschützt seien und ob nicht das Vertrauen in die Zuverlässigkeit der ämtlichen Statistik durch den Hergang schwer erschüttert werde.

Ein zweiter Fall betraf den Geburtenrückgang. Einer wissenschaftlichen Kommission war der Auftrag erteilt worden, zu untersuchen, ob der Geburtenrückgang nicht im Zusammenhang stehe mit einer Verminderung der allgemeinen Fortpflanzungsfähigkeit. Zwei Geheime Obermedizinalräte waren Referenten. Ihre Gutachten entlasteten die Regierung. Aber in der neuesten Nummer des „Deutsch. Statist. Zentralbl.“ erhebt Dr. Köstke gegen sie den Vorwurf, ihre Leitsätze entbehrten jeder statistischen Grundlage, ihnen sei die große statistische Literatur über die Ursachen des Geburtenrückganges unbekannt und ihre Hilflosigkeit werde jedem Fachmann sofort offenbar. Die Sache gewinnt dadurch an Bedeutung, weil die Resultate der beiden derart abgefanzelten Geheimen Obermedizinalräte als ämtliche Statistik verwertet werden und vielleicht gar zur Grundlage gesetzgeberischer Maßnahmen dienen.

Der dritte Fall betrifft die Fleischsteuerung. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ leugnet bekanntlich jeden Viehmangel. Sie ist frech genug, zu behaupten, der Rindviehbestand wie auch der Auftrieb von Schlachtvieh hätten eine starke Zunahme erfahren. Nun ist aber Tatsache, daß nach den Aufnahmen von 1908 und 1911 in diesen vier Jahren in Preußen der Viehbestand um 419 855 Rinder und 890 862 Schafe abgenommen hat. Die „Nordd. Allgem. Zeitung“ stützt ihren Betrug auf den Umstand, daß 1911 eine kleine Plus gegen 1910 zu verzeichnen gewesen ist und im ersten Halbjahr 1912 in einigen Viehgattungen ein unbedeutender Mehrauftrieb zu verzeichnen war. Sie verschweigt jedoch, daß dem Mehrauftrieb von 49 236 leichten Kühen und Jungkühen ein Ausfall von 44 736 schweren Ochsen und Bullen gegenüber gestanden hat. Obwohl Deutschland 1912 weit über 1 600 000 Effer mehr zählte als im Jahre 1910, wurden im ersten Quartal 1912 weniger geschlachtet: 23 987 Ochsen, 22 495 Bullen, 24 813 Kühe, 36 946 Jungkühen, zusammen demnach 108 241 Rinder weniger als im gleichen Zeitraum von 1910. Aber auch 171 377 Rinder, 53 211 Schafe und 28 710 Ziegen sind im ersten Vierteljahr 1912 gegenüber dem gleichen Zeitraum von 1910 weniger geschlachtet worden.

Angesichts dieser feststehenden Tatsachen mag es das Kanaklerblatt, das Volk anzulügen, die „amtliche Statistik“ ergebe, es sei mehr Vieh vorhanden und es werde mehr Vieh geschlachtet als vorher, eine Fleischnot sei also nicht vorhanden.

Die Regierung mag es nur so fortführen. Das Vertrauen der Arbeiter hat sie verloren; aber auch in den bürgerlichen Kreisen sinkt ihre Glaubwürdigkeit unter den Nullpunkt. Trägt die gegenwärtige Fleischsteuerung dazu bei, weiteren Volkschichten die Augen über unser herrliches Regierungssystem zu öffnen, so wird sie erfreulicherweise zu einem Teile jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.



Internationale Nachrichten.

Allgemeiner Niederländischer (Holländischer) Zimmererverband.

Aus dem im Druck vorliegenden Jahresbericht für 1911 geht hervor, daß auch in diesem Jahre die Zimmererbewegung in Holland erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Seit der Zentralisierung des Verbandes im Jahre 1908, wo auch gleichzeitig einige Unterstützungseinrichtungen beschlossen und die Beiträge zum Verbande ganz bedeutend erhöht wurden, ist die Mitgliederzahl ständig gestiegen. Gleich nach der damaligen Reorganisation, am 1. Juli 1908, betrug die Mitgliederzahl 2015. Am 1. Januar 1911 waren 3046 Mitglieder zu verzeichnen, und diese Zahl ist bis zum 1. Januar 1912 bereits auf 3620 gestiegen. Die Mitglieder verteilen sich auf 67 Ortsabteilungen. Diese günstige Entwicklung wird zum guten Teil der veränderten Organisationsform zugeschrieben. Es hat sich aber auch die Konjunktur und damit die Bautätigkeit bedeutend gebessert, so daß es möglich war, bessere Vorteile für die Berufsgenossen zu erzielen. In 18 Orten wurde eine Lohnerhöhung von 1 und 2 Cent pro Stunde erreicht und in vier Orten wurde die Arbeitszeit verkürzt. Für 606 Mitglieder des Verbandes und 193 Mitglieder anderer Verbände (der christlichen und der katholischen Zimmerer) wurde eine Lohnerhöhung von 1629,25 Gulden pro Woche erzielt und für 332 Zimmerer kann eine Verkürzung der Arbeitszeit von 739 Stunden pro Woche konstatiert werden. In den meisten Fällen ist dieser Erfolg ohne Kampf erreicht worden. Nur in zwei Orten kam es zu einem Streik, und zwar in Winterswijk und in Leeuwarden. Im ersteren Ort dauerte der Streik, woran 32 Mitglieder beteiligt waren, neun Wochen. In Leeuwarden waren alle drei Organisationen am Kampf beteiligt und standen zusammen 212 Mann im Streik. Davon gehörten 110 dem Allgemeinen Niederländischen Zimmererverband, 12 der katholischen und 16 der christlichen Organisation an. Der Rest war unorganisiert. Der Kampf dauerte 21 Wochen. Beide Kämpfe brachten eine Lohnerhöhung, obwohl die eigentlichen Forderungen nicht erfüllt wurden. In ausführlicher Weise werden beide Kämpfe im Jahresbericht besprochen. Dort ist darauf hingewiesen, wie sich das Unternehmertum in Holland stark und fest organisiert, wollen die Zimmerer ihre wirtschaftliche Lage verbessern, dann sind sie verpflichtet, dasselbe zu tun. Im Bericht heißt es dann weiter, daß die Arbeiter sich nicht nur national organisieren, sondern daß auch internationale Verbindungen geschaffen werden müssen, wenn die Unternehmer mit Erfolg bekämpft werden sollen. Auf den Kongressen der Arbeitgeberorganisationen werden oft schöne Worte gesprochen und Referate gehalten, worin gesagt wird, daß die Wünsche der Arbeiter berücksichtigt und ihnen ein gewisses Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden soll. Dieses sind jedoch nur leere Phrasen. Die Praxis allein zeigt uns, daß es nur Machtfragen sind und weiter nichts. Je mehr Macht wir besitzen, je stärker unsere eigene Organisation ist, desto mehr Rechte können wir uns erobern. Als eine erfreuliche Tatsache ist zu vermerken, daß die Mitglieder während der Lohnkämpfe zu großen finanziellen Opfern bereit waren. Auf die Dauer von fünf Wochen

wurden doppelte Beiträge gezahlt und sind nebenbei noch große Summen durch freiwillige Sammlungen aufgebracht. Ohne Ausnahme und ohne sich zu beklagen haben die Mitglieder die Extrabeiträge bezahlt. Ein Beweis kollegialischer Solidarität.

Aus dem Kassenbericht ergibt sich, daß es mit den Finanzen nicht schlecht bestellt ist. Ungeachtet der langen Dauer der Streiks, welche große Anforderungen an die Hauptkasse des Verbandes stellten, schließt die Bilanz mit einem Guthaben von 15 601,79½ Gulden. Die Einnahme der Hauptkasse betrug im ganzen 35 752,90½ Gulden. Davon sind 27 225,61½ Gulden ordentliche Beiträge, 314,50 Gulden Eintrittsgelder, 2324,18 Gulden freiwillige Beiträge, 2955,38½ Gulden Extrabeiträge und zur Unterstützung der Streiks zahlte der Verband der Niederländischen Fachvereine 1889 Gulden.

An Ausgaben sind 41 828,36½ Gulden zu verzeichnen, Davon für Krankenunterstützung 6014,58½ Gulden, Sterbeunterstützung 350 Gulden, Kosten der Generalversammlung 2071,88 Gulden, Streikunterstützung 22 213,40 Gulden, weitere Unkosten der Streiks 726,60 Gulden, Verwaltung 2080 Gulden, für das Fachblatt 2592 Gulden und für Agitation 1463,12 Gulden.

Nach alledem geht es auch in Holland mit der Zimmererbewegung kräftig vorwärts.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Tarifverträge für das Zimmergewerbe.

Die Tarifverträge für das Zimmergewerbe, gültig für das Jahr 1911, gelangen mit dieser Nummer des „Zimmerer“ zum Versand an die Zahlstellen. Wir bitten die Empfänger des „Zimmerer“, die Bücher an die Zahlstellenvorstände abzuliefern.

Der Zentralvorstand.

Rassengeschäftliches.

Mit dem 21. September ist bei uns buchmäßig das dritte Quartal beendet. Jeder Zahlstellenkassierer hat am Sonntag, 22. d. M., seine Bücher für das dritte Quartal abzuschließen, die Abrechnung für die Hauptkasse aufzustellen und solche, nachdem sie von den Revisoren geprüft worden ist, mit samt den Zentralfondsbeiträgen bis spätestens zum 15. Oktober der Hauptkasse zu übermitteln.

Hierbei wollen die mit den „Streifondsbeiträgen“ noch restierenden Zahlstellen nicht unterlassen, das bisher Versäumte nachzuholen.

Adolf Römer, Kassierer.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Die Agitation in unsern Gauen im ersten Halbjahr 1912.

Zur Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten haben 46 Sitzungen der Gauvorstände stattgefunden. Die Tätigkeit der Gauleiter erstreckte sich auf 738 Zahlstellen. Es fanden 407 Sitzungen mit den Zahlstellenvorständen statt und an 1522 Versammlungen nahmen die Gauleiter teil. Rassenrevisionen haben sie 248 vorgenommen. Die Lohnbewegungen erforderten 163 Sitzungen mit Zahlstellenvorständen, 318 Versammlungen, 315 Verhandlungen mit Unternehmern und in 57 Fällen war Streikkontrolle auszuüben. Die Tätigkeit der Gauleiter erstreckte sich dann auf 160 Orte, wo die Zimmerer noch nicht organisiert sind. In den Orten sind 81 Versammlungen abgehalten und in 185 Fällen ist andere Agitation betrieben worden. Außerdem hatten die Gauleiter 60 besondere Fälle zu erledigen. Ein Vergleich mit der Agitation in den Gauen im ersten Halbjahr 1911 ergibt, daß die Gauleiter im ersten Halbjahr 1912 mehr in den Zahlstellen tätig sein mußten. Sie haben zwar 77 Sitzungen mit den Zahlstellenvorständen weniger abgehalten und auch 197 Rassenrevisionen weniger vornehmen brauchen, sie haben dafür aber 294 Versammlungen in den Zahlstellen mehr abgehalten. Die Versammlungen, die Ende April und Anfang Mai durch den Zentralvorstand mit Referenten besichtigt wurden, sind dabei nicht mitgerechnet. Die Lohnbewegung war 1912 ebenfalls umfangreicher als in derselben Zeit des Vorjahres. Es kommt aber auch hinzu, daß Tarifdifferenzen in größerer Zahl zu erledigen waren als 1911. Alles das erforderte, daß 79 Sitzungen mit den Zahlstellenvorständen, 211 Lohnbewegungsverfammlungen, 64 Verhandlungen mit Unternehmern und 42 Streikkontrollen von den Gauleitern mehr zu erledigen waren als im ersten Halbjahr 1911. Darunter hat die Agitation in den Orten gelitten, wo die Zimmerer unserm Verbands noch nicht angehören. Im ersten Halbjahr 1911 wurden in 293 unorganisierten Orten 117 Versammlungen abgehalten und in 413 Fällen andere Agitation betrieben, in derselben Zeit des Jahres 1912 nur in 160 Orten 81 Versammlungen und in 185 Fällen andere Agitation. Die Gauleiter haben also bei den Zahlstellenvorständen nicht die Hilfe gefunden, um in den unorganisierten Orten kräftig arbeiten zu können.

Wie sich die Gesamttätigkeit auf die einzelnen Gauen verteilt, ergibt die Tabelle. Sie enthält auch die Anzahl der Zahlstellen und Mitglieder, die auf den einzelnen Gau kommen. Die Einzelzahlen kommen hierbei nicht in Betracht. Es waren in allen drei Quartalen jedesmal 70.

Gau	Sitzungen des Gauvorstandes	Agitation					Lohnbewegung					Die Tätigkeit erstreckte sich auf	Mitgliederbewegung							
		Zahlstellen		unorganisierte Orte	Sitzungen mit Zahlstellenvorstand	Rassenrevisionen	Versammlungen	Verhandlungen mit Unternehmern	Streikkontrollen	Besondere Anträge des Zentralvorstandes	1911		1912							
		Zahlstellen	Mitglieder								4. Quartal		1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal					
Ost- und Westpreußen	3	41	33	80	11	17	20	6	9	11	1	9	40	18	33	2472	38	2646	38	2861
Schlesien	7	17	16	164	17	3	3	—	—	21	7	11	42	3	43	3138	42	3163	44	3292
Pommern	1	8	12	59	—	2	2	8	12	12	1	1	42	2	47	1789	49	1895	49	1956
Brandenburg, Posen	3	12	21	100	14	14	13	23	32	28	—	1	72	11	82	5536	81	5700	81	5687
Niederschlesien, Ost-Sachsen	3	38	19	131	29	6	5	31	35	14	17	5	51	5	49	6670	49	6773	51	7229
Mecklenburg	2	12	8	84	—	—	—	—	7	27	10	4	52	—	60	1880	60	1961	60	1984
Provinz Sachsen, Anhalt	3	33	5	59	—	5	19	13	17	12	2	—	51	19	49	2158	54	2258	54	2278
Rheinisch-Sachsen	2	16	7	96	21	2	1	2	36	17	1	—	67	2	73	7878	73	8139	74	9220
Schlesm.-Holst., Oldenburg	2	21	10	107	29	5	19	18	10	16	3	1	79	11	80	8078	82	8251	82	9060
Hannover	1	18	9	56	6	7	13	8	18	9	—	2	37	13	38	2305	38	2378	39	2482
Thüringen	5	19	16	47	5	2	14	14	42	18	—	—	42	13	43	2844	44	2970	43	2862
Nord-Bayern	2	29	11	75	11	3	10	3	15	7	—	—	25	11	23	1844	25	1961	25	2049
Süd-Bayern	5	33	18	53	12	2	4	5	—	9	—	7	28	4	27	2808	27	2983	27	2653
Hessen, Hessen-Raffau	1	21	22	105	35	4	19	8	40	39	6	4	26	10	25	2742	26	2761	25	2906
Württemberg	1	27	6	62	74	3	12	1	7	5	2	—	20	8	19	1460	19	1549	20	1781
Rheinland-Westfalen	2	25	11	61	21	3	8	17	18	43	2	1	38	5	42	3408	41	3330	41	3441
Baden, Elß	3	17	10	148	33	3	23	4	19	24	—	—	22	18	21	1825	21	1806	22	1975
Oberhesien	—	20	14	35	80	—	—	2	1	3	—	14	4	7	4	400	4	372	4	451
Summa	46	407	248	1522	398	81	185	163	318	315	57	60	738	160	758	59235	773	60896	779	64157

Unsere Lohnbewegungen.

Gesperret ist der Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes in Braunschweig, Bremen, Dortmund, Nordenham, Oldenburg und Vegesack, in Vebra das Geschäft von Herwig, in Buer i. Westf. die Firma Senger, in Driefel b. Zetel (Oldenburg) das Geschäft von Keimers, in Dortmund das Geschäft von Möllmann, in Duisburg-Meiderich die Firma Bollmann, in Gollnow das Geschäft von H. Ruck, in Greifenhagen das Geschäft von Adolf Neumann, in Hamborn-Obermarloh die Firma Kuhrt & Hoffmann, Kolonienbauten, in Ikehoe die Alsenche Portland-Zementfabrik, in Kiel das Geschäft von Frauen, Langenberg, Ruck j. L., in Mülheim a. d. Ruhr die Firma Kurt & Hoffmann, in Pödejud die Geschäfte von Bastmann und Molzo in Finkenwalde und Martini in Friedensburg, in Stettin die Firma Frauen aus Kiel.

Oesterreich.

Zuzug ist streng fernzuhalten von Brud a. d. Mur, Gainsburg a. d. Donau, Raaden, Karlsbad,

Rototan, Mährisch-Schönberg, Mährisch-Budweis, Meran, Müzzzuschlag, Trautenau und Weidling.

Ungarn.

Zuzug ist streng fernzuhalten von Brassó, Rizsekely und Preßburg.

Der Kampf gegen den Arbeitsnachweis in Braunschweig macht den dortigen Unternehmern viel Kopfschmerzen. Daß die Zimmerer diesen Kampf mit einer solchen Hartnäckigkeit führen würden, daran hat nicht ein einziger Braunschweiger Unternehmer gedacht. Vergerlich sind sie vor allem darüber, daß den Zimmerern keinerlei Vorteile gegen bestehende Abmachungen beziehungsweise Entscheidungen vorgeworfen werden können. Eine Beschwerde an das Zentralschiedsgericht, worin den Zimmerern vorgeworfen wurde, sie hätten ledige Zimmerer auf Grund der Arbeitsnachweissperre zur Arbeitsniederlegung veranlaßt, hat ein Ergebnis nicht gezeitigt, weil die Unternehmer den Beweis dafür schuldig blieben. Mit dem Tarifvertragslauf, den man so gern den Zimmerern angehängt hätte, war es also nichts. So wenig es aber nach den Entscheidungen des Zentralschiedsgerichts zulässig ist, Arbeiter, die ein Arbeitsverhältnis eingegangen sind, auf Grund der Arbeitsnachweissperre zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen, ebensowenig darf ein Unternehmer

einen Arbeiter aus einem ordnungsmäßigen Arbeitsverhältnis entlassen lediglich zu dem Zwecke, um den Arbeitsnachweis durchzusetzen. Das ist in den Entscheidungen des Zentralratsgerichts klar und unzweideutig ausgedrückt. Die Braunschweiger Unternehmer aber setzen sich hierüber achlos hinweg, wie folgender Vorgang beweist. Am 31. August traten vier verheiratete Zimmerer bei dem Zimmermeister Blanke in Arbeit. Herr Blanke teilte ihnen am 3. September, morgens 6 1/2 Uhr, mit, daß er vom Arbeitgeberverband aufgefordert sei, die vier Zimmerer sofort zu entlassen, oder sie sollten sich persönlich vom Arbeitsnachweis einen Zettel holen. Selbstverständlich weigerten sich die Zimmerer, einen Zettel zu holen, und darauf wurden sie entlassen. Herr Blanke hat ziemlich viel Arbeit, er wird die Leute sehr vermissen; er hat aber dem Befehl des Arbeitgeberverbandes als Mitglied Gehorsam zu leisten, und wenn er sich dadurch auch wirtschaftlich schädigt. Die Zimmerer sind natürlich nicht gewillt, derartige tarifvertragswidrige Handlungen der Unternehmer unwiderrprochen hingehen zu lassen; sie haben eine Sitzung der Schlichtungskommission beantragt. Allein die Unternehmer haben es damit nicht eilig; sie wissen auch warum. Es ist nämlich nicht angenehm, wenn die Schlichtungskommission feststellen muß, daß die gerügte Handlung einen Tarifvertragsbruch bedeutet. Und um diese Feststellung kommt die Kommission nicht herum. Die Zimmerer können die Sitzung ruhig abwarten; sie werden nach wie vor auf dem Posten sein und dafür sorgen, daß der Arbeitsnachweis der Unternehmer von keinem Arbeitssuchenden in Anspruch genommen wird; sie lassen sich auch nicht durch den Terrorismus der Unternehmer schrecken.

Aus Barmen-Siebertal wird geschrieben: Die alte Sonnborner Eisenbahnbrücke soll einer neuen Platz machen. Die Zimmerarbeiten sind der Firma Schneider aus Raunheim übertragen. Es handelt sich vor allem um die Erstellung eines über 18 m hohen Gerüsts und mehrerer Untergerüste. Der Polier hatte die Arbeiten in Afford übertragen erhalten; es wurde deshalb in wüster Weise darauflos geschuftet, ohne daß man sich an die tarifliche Arbeitszeit lehnte. Die Zahlstellenleitung konnte einem solchen Treiben natürlich nicht untätig zusehen. Sie trat mit den dort arbeitenden Kameraden in Verbindung und beehrte sie über die schädigenden Folgen ihrer Handlungsweise. Dieses Vorhaben war auch von Erfolg gekrönt. Die Kameraden erklärten der Firma, daß sie fortan nicht mehr zwölf Stunden, sondern nur neuneneinhalb Stunden arbeiten würden, wie es der Tarifvertrag vorschreibt. Es ist aber auch weiter gelungen, für die äußerst schwierigen und gefährlichen Arbeiten eine Lohnaufbesserung durchzusetzen. Die Firma zahlt ab 2. September einen Stundenlohn von 85 ¢ und für jede Ueberstunde M. 1. Bisher wurde durchweg ein Stundenlohn von 75 ¢ gezahlt. — Dieses Vorkommnis hat wieder einmal gezeigt, was der geschlossenen Wille der Kameraden vermag. Mögen die Beteiligten daraus die Lehre ziehen, daß die Organisation auch fernerhin gestärkt werden muß, damit sie in allen Fällen durchgreifend Remedur schaffen kann.

Vereinbarungen in Pillau i. Ostpr. Für das Zimmergewerbe in Pillau sind folgende Vereinbarungen getroffen: Der Stundenlohn erhöht sich sofort von 52 ¢ auf 56 ¢, vom 15. Oktober auf 58 ¢ und vom 1. April 1913 auf 60 ¢. Für Ueberstunden und Wasserarbeiten wird ein Zuschlag von 5 ¢ gezahlt, für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 pZt. Deswegen wird eine Landzulage gewährt. Die Arbeitszeit wird von elf auf zehn Stunden verkürzt. Der Vertrag läuft bis zum 31. März 1915.

Abrechnung über den Streik der Zimmerer in Bureau-Kauscha vom 7. Mai bis 13. Juli 1912.

Einnahme.

Aus der Zentralkasse.....	M. 866,88
Für Streikunterstützungen	M. 858,18
„ Reiseunterstützungen	„ 18,70
Summa	M. 866,88

Für die Richtigkeit:
W. H. Schöpel, Friedr. Herkner, Rich. Risch.

Berichte aus den Zahlstellen.

Arnswalde. Zu unserer letzten Mitgliederversammlung am 25. August waren außer dem Vorstand noch drei Mitglieder erschienen; es mußte daher die ganze Tagesordnung zurückgestellt werden. Das veranlaßt uns, an unsere Kameraden die eindringliche Mahnung zu richten, endlich ihren Gleichmut abzulegen und sich mit Eifer und Energie an den Veranaltungen unserer Organisation zu beteiligen. Wenn sie das nicht tun, vernachlässigen sie ihre Lebensinteressen, und das könnte sich in Zukunft sehr schwer rächen. Wir haben es sicher nötig, in einer so ernsten Zeit fest zusammenzutreten, um vereint uns gegen eine weitere Verschlechterung unserer Lebenshaltung zu wehren und dahin zu streben, daß unsere Lage eine erträglichere wird. Das geschieht aber nur dann, wenn alle Kameraden, ohne Ausnahme, sich in den Dienst unserer Sache stellen. Dazu gehört auch, daß die Versammlungen von allen Kameraden besucht werden; sie finden jeden Sonntag vor dem Ersten des Monats statt.

Wschaffenburg. Am 1. September fand im Gewerkschaftshaus unsere Mitgliederversammlung statt, sie war leider sehr schwach besucht. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wurde beschlossen, die Beiträge durch Platzkassierer einzuziehen, weil der Zahlstellenkassierer durch die hiesigen Wohnungsverhältnisse überlastet ist. Auch soll des Sonnabends im Gewerkschaftshaus kassiert werden. Der Kassierer referierte hierauf über die Zentral-Krankenkasse. Acht Mann ließen sich aufnehmen. Zur Errichtung einer Verwaltungsstelle soll in der nächsten Versammlung Stellung genommen werden. Der Vorsitzende betonte noch, daß in nächster Zeit eine rege Agitation für die Ausbreitung unserer Zahlstelle einsetzen müsse, an der sich jeder Kamerad zu beteiligen habe. Auf allen Bau-

und Zimmerplätzen müsse kräftig die Werbetrommel gerührt werden, damit es uns gelänge, die hiesigen Zimmerer sämtlich für den Verband zu gewinnen. Die nächste Versammlung findet am 6. Oktober im Gewerkschaftshaus, Riefengasse, statt.

Breslau. Am 10. September fand im Opperner „Schloßbräu“, Friedrich-Wilhelm-Straße, unsere Mitgliederversammlung statt. Kamerad Goldschmidt referierte über die Entwicklung der freien Gewerkschaften, unter besonderer Berücksichtigung der baugewerblichen Organisationen und der nächstjährigen Tarif- und Lohnbewegung. An der Hand von statistischem Material zeigte Redner, wie das verflozene Jahr ein gutes Geschäftsjahr gewesen sei und wie Handel und Industrie sich entwickelten. Wenn auch die Löhne eine Kleinigkeit gestiegen seien, so hätten die gewerblichen Arbeiter hiervon keinen Nutzen; denn die außergewöhnliche Teuerung der Lebensmittel habe alles verschlungen. Das Erfreulichste an dem Aufstieg der wirtschaftlichen Verhältnisse sei, daß die freien Gewerkschaften ganz bedeutend erstarbt seien. So habe auch unser Verband im letzten Jahre 5000 Mitglieder zugenommen und er würde sich voraussichtlich bis zum nächsten Jahre noch besser entwickeln. Auch in finanzieller Hinsicht stehe unser Verband gerüstet da und wir könnten der nächsten Lohnbewegung getrost entgegensehen. Das Jahr 1913 werde aller Voraussicht nach ein Kriegsjahr werden; denn auch die Arbeitgeber rüsten zu einem Machtkampfe. Wir dürfen daher in unserer Agitation nicht ermüden und müssen dafür sorgen, daß auch der letzte unserer Kameraden in unsere Reihen komme. Kamerad Schmidt äußerte sich ebenfalls über die Absichten der Unternehmer und kam noch auf die teuren Lebensmittel zu sprechen, die eine Lohnhöhung durchaus rechtfertigen. Deshalb mühten wir einig sein und weiter unsere Pflicht und Schuldigkeit tun, dann würden wir bei der nächsten Lohnbewegung gut abschneiden. Die Abrechnung, welche vervielfältigt vorlag, ergab einen Lokalkassenbestand von M. 5533,97. Hierzu äußerte sich nach der Dechargeerteilung der Kassierer, daß in diesem Bestande die Anteile für das Gewerkschaftshaus enthalten seien (M. 3500), desgleichen müsse der Streikfonds jetzt abgeschrieben werden, so daß also der Lokalkassenbestand ein weit niedriger sei. Weiter machte er bekannt, daß die Sparmarken für die Anteilsscheine sehr mäßig eingehen, und ersuchte um eine dementsprechende Beschlußfassung. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, daß alle Mitglieder, die in Breslau arbeiten, bis zum Schluß der letzten Beitragswoche einen Anteilsschein von M. 6 zu erwerben haben. Zur Kontrolle hierüber soll ein Stempel angeschafft werden und jedem Mitgliede sein Anteilsschein im Mitgliedsbuch becheinigt werden. Für unser am 21. September stattfindendes Stiftungsfest ersuchte der Kassierer die Hauskassierer und Platzdeputierten, sich besonders zu interessieren, da bekanntlich kein Kassierverkauf stattfindet und auf einen sehr guten Besuch gerechnet werden muß. Kamerad Raumann führte einen Fall von Nichtinnehaltung der Unfallverhütungsvorschriften an, bei dem ein Kamerad zu seinen Verletzungen noch M. 540 Geldstrafe zahlen muß, und warnt vor übermäßigem Rufen bei der Arbeit. Auch Goldschmidt führte einiges hierzu aus und warnte vor dem Schnapsgefluß. Zum Schluß ersuchte noch der Vorsitzende um Innehaltung der heute gefaßten Beschlüsse.

Witow i. P. Am 17. August fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in der auch der Gauleiter, Kamerad Finsel-Göbing, zugegen war. Die Versammlung war vom Vorstand einberufen, um hier eine Lohnbewegung einzuleiten. Zuerst nahm der Kassierer das Wort und berichtete über die örtlichen Verhältnisse. Da hier die Baukonjunktur augenblicklich eine sehr gute ist, empfahl er den Kameraden, den hier in Frage kommenden Unternehmern einen Lohn- und Arbeitstarif zur Unterschrift vorzulegen. Nach kurzer Aussprache wurde die Leitung der Lohnbewegung dem Gauleiter übertragen. Es wurde beschlossen, daß der Gauleiter und der Vorstand am Sonntag, 18. August, vormittags, bei den Arbeitgebern vorsprechen sollten. Am Nachmittag desselben Tages wurde eine Versammlung abgehalten, in der Kamerad Finsel mitteilte, daß man die Arbeitgeber nicht angetroffen habe. Er legte den Kameraden einen von ihm entworfenen Tarif vor und es wurde einstimmig beschlossen, diesen den Unternehmern zuzugleichen. Am Mittwoch, 22. August, haben Verhandlungen stattgefunden. Am selben Tage unterzeichnete ein Unternehmer den Tarif, tags darauf der zweite. Da sich die Arbeitgeber vor kurzer Zeit dem Arbeitgeberverband angeschlossen haben, war es bei einigen etwas schwieriger, sie zur Unterschrift zu bewegen; sie glauben, daß sie ohne ihren Organisationsvertreter einen örtlichen Tarif nicht abschließen könnten, sind aber durch die Umstände gezwungen worden, den Tarif zu unterschreiben. Der Tarif hat Gültigkeit bis zum 1. April 1913. Er besetzt den Stundenlohn durchweg um 2 ¢, schreibt ein Landgeld von 5 ¢ vor, bei Ueberstunden einen Zuschlag von 10 ¢, bei Wasserarbeit 3 ¢, bei Karbolinumarbeit, die länger als einen Tag dauert, ebenfalls 3 ¢. Außerdem hat der Unternehmer bei Ueberlandarbeit für genügendes Nachschloß zu sorgen. Die gelegliche vierzehntägige Kündigungsfrist wurde auf acht Tage herabgesetzt. Es hätte auch hier in Witow mehr erreicht werden können, wenn nicht den 16 organisierten Kameraden über 40 Unorganisierte gegenüberstünden. Jedenfalls ist für Witow die Grundlage geschaffen und werden hoffentlich die Kameraden dafür sorgen, daß darauf weitergebaut wird.

Stn. Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung tagte am 8. September im Gewerkschaftshaus. Ueber die Affordarbeit und ihre Folgen machte der Vorsitzende längere Ausführungen. Unter Hinweis auf die in Frage kommenden tariflichen Bestimmungen legte er dar, daß im hiesigen Zimmerergewerbe Affordarbeit nicht zulässig sei, weil sie auch bisher nicht üblich gewesen. Alle Maßnahmen der Unternehmer, den Zimmerern Affordarbeit aufzuzwingen, seien einem Vertragsbruche gleichzuachten. Er zog bei seinen Betrachtungen auch die Entscheidungen des Zentralratsgerichts an, um dann die hier vorgekommenen Affordfälle näher zu besprechen. Als erster sei der Fall bei Müller & Steinröger zu erwähnen, wo der Polier, ein Verbandsmitglied, mit vier Zimmerern und zwei Hilfsarbeitern einen Baun in Afford ausführte. Erst als der Polier

seinen Ueberfluß von M. 800 in der Tasche hatte, wurden die Zimmerer und Hilfsarbeiter gewahrt, daß er die Arbeit in Afford angenommen hatte; sie verlangten daher auch ihren Anteil an dem Ueberfluße. Die Schlichtungskommission gab ihnen recht, ebenfalls die Einigungsamt. Das Gewerbegericht beurteilte die Firma, den Zimmerern M. 80 als Affordanteil auszuzahlen. Der Unternehmer Steinröger hat hiergegen Berufung beim Landgericht eingelegt, das am 19. Oktober d. J. in der Sache entscheiden soll. Das Verhalten des Poliers ist in hohem Maße unkameradschaftlich; von seinem Ausschluß ist nur abgesehen worden, weil er sich bisher eigentlich nichts hat zuschulden kommen lassen. Der Rechtschuß mußte in diesem Falle den Kameraden aus der Lokalkasse gewährt werden, weil nach dem Verbandsstatut die Zentralstelle in solchen Fällen nicht unterstützen darf. Ein anderer Fall betrifft die Firma Gärtner (Betondau), die bei dem Bau einer Schußfabrik in Nippes und am Lagerhausbau der Firma Gebrüder Stollwert mit dem ehemaligen Altgesellen und zwei Verbandsmitgliedern Affordverträge abgeschlossen hat, deren Inhalt jedem gewerkschaftlichen Grundsatz zuwiderläuft. Wie leichtfertig diese Kameraden gehandelt haben, geht daraus hervor, daß in den Verträgen eine Bestimmung enthalten ist, wonach täglich 250 qm Einschalung zu liefern ist. Falls das nicht geschieht, ist die Firma berechtigt, neue Affordkolonnen anzustellen, den entstandenen Schaden hat die alte zu tragen. Auf dem Stallwerkneubau, wo 34 Zimmerer beschäftigt wurden, konnte nicht an einem einzigen Tag das geforderte Quantum geliefert werden. Auf diesem Bau entwickelten sich auch gerade durch die Affordarbeit ganz unerträgliche Zustände. Von Kameradschaftlichkeit keine Spur. In den Frühstückspausen war nur noch die Rede von der Arbeit. Die Kameraden warfen sich gegenseitig zu geringe Leistungen vor und bedrohten sich schließlich sogar mit Schlägen. Von irgendwelchem Arbeiterschutz war nichts zu verspüren; niemand kümmerte sich darum. Als dann der Bauleitende für besseren Arbeiterschutz eintrat, wurde er entlassen, angeblich weil er die Bauleitung beleidigt habe, auch könne man Polizeispiene nicht gebrauchen. In den Affordverträgen wurden die Kolonnenführer für den Arbeiterschutz haftbar gemacht, aber sie haben dafür keine Zeit, weil ihr Profit dadurch beeinträchtigt wird. Am dem ersten Bau wurden für den Quadratmeter Einschalung 46 ¢ gezahlt, an dem zweiten 43 ¢, obwohl dieser wesentlich komplizierter war als der erste. Der dritte Fall, der die Firma Besser betrifft, kam auch bis an das Einigungsamt. Die Zimmerer haben aber nicht die geringste Ursache, mit der Erledigung dieses Falles zufrieden zu sein. In der ersten Sitzung beschloß das Einigungsamt, Auskunft beim Gutachten einzuziehen, und in der zweiten Sitzung, die 146 Tage nach Anmeldung des Falles abgehalten wurde, sah das Einigungsamt die Sache als erledigt an und empfahl die Vereinbarung eines Affordtarifes. Damit dürfte es allerdings gute Werke haben; denn die Kölner Zimmerer werden es von sich weisen, einer solchen verderblichen Arbeitsmethode Vorschub zu leisten. In der Diskussion wurde von allen Rednern betont, daß jegliche Affordarbeit zu verweigern sei; sie sei dazu angetan, die Kameradschaftlichkeit völlig zu untergraben. Es wurde ein Antrag angenommen, wonach bei Differenzen in Affordfällen jeglicher Rechtschuß zu verweigern sei und die Zahlstellenleitung bei solchen überhaupt nicht mehr eingreifen solle. Der Kartellbericht wurde verlegt. Zur Bauarbeiterschutzkonferenz in Duisburg wurde Kamerad Preuß gewählt. Dann wurde bekanntgegeben, daß Kamerad Janßen am 20. September über die „Vollstufzorge“ referieren werde. Die arbeitslosen Kameraden haben sich bei Pompech in der Rämmergasse zu melden, und zwar vormittags von 10 bis 11 Uhr und nachmittags von 3 bis 4 Uhr. Die im Betongeschäft Latat beschäftigten drei Kameraden erhalten nach Rücksprache des Vorsitzenden mit der Firma einen Stundenlohn von 71 ¢. Unser Stiftungsfest wird nicht am 20. September, sondern am 5. Oktober stattfinden. Bezüglich der Arbeitsvermittlung wurde von der Versammlung verlangt, daß die zureichenden sowie arbeitslosen Kameraden sich beim Vorsitzenden oder im Bureau, Perlengraben 93, 1. Etage, zu melden hätten, wo ihnen, falls Arbeit vorhanden ist, solche nachgewiesen wird. Die Arbeitsverhältnisse seien im allgemeinen ungünstiger als im August des Vorjahres. Geäußert wurde noch, daß dem Vorsitzenden die offenen Stellen nicht gemeldet würden, wodurch die Arbeitsvermittlung nicht so funktioniere, wie man es wünschen müsse.

Erner. Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung am 8. September war leider so schwach besucht wie noch nie bisher; vier Mitglieder waren anwesend. Es wäre sehr am Platze, daß die Mitglieder den Versammlungen ein wenig mehr Interesse entgegenbrächten, so wie bisher kann es unmöglich weitergehen. Manche Kameraden kommen das ganze Jahr über nicht zur Versammlung, trotz Einladung und Bekanntmachung. Wie es scheint, stehen ihnen Vergnügungen höher als die Verbandsinteressen. Das Entrichten der Beiträge beim Kassierer stärkt allein doch gewiß nicht unsere Organisation, die sowieso hier schon auf schwachen Füßen steht und des Ausbaues nach allen Richtungen hin sehr bedürftig ist. Möge jeder Kamerad mit dafür eintreten, daß es anders und besser wird.

Stttingen. Am 14. September fand unsere Mitgliederversammlung statt, die einen guten Besuch aufwies. Die Tagesordnung wickelte sich rasch ab. In der Diskussion wurden von verschiedenen Kameraden über das Geschäft hiesiger Söhne in Küppurr Klagen laut, besonders über die uns faire Behandlung durch Herrn Fritz Fischer. In ganz kurzer Zeit haben es drei bis vier Kameraden vorgezogen, den Platz zu verlassen, um anderwärts zu arbeiten, wo die Behandlung eine bessere ist. Mögen die Kameraden es sich deshalb erst überlegen, bevor sie sich in dies Colorado begeben. — Mit großer Genugtuung ist es zu begrüßen, daß es in unserer Zahlstelle vorwärts geht; haben wir doch schon die zwanzig überschritten und können noch ganz gut zehn bis fünfzehn Mitglieder herangezogen werden, was hoffentlich bei der am 22. September vorzunehmenden Hausagitation auch gelingt, wenn jeder Kamerad das Seine dazu beiträgt. Da zurzeit eine neue Kaserne hergestellt wird und die Zimmerarbeiten demnächst ihren Anfang nehmen, ist mit einem größeren Bezug nach hier zu rechnen

und werden daher die Kameraden, welche hier Arbeit nehmen wollen, ersucht, sich vorher an die Verwaltung der Zahlstelle zu wenden, wo ihnen nähere Auskunft erteilt wird. Besonders erfreulich ist es, daß gerade die Kameraden vom Lande sich mehr unsern Verbände nähern, während es in der Stadt einige Kameraden gibt, die kein Verständnis für unsere Sache zeigen. Vor allen Dingen müßte der Umstand, daß in der Nähe, so in Karlsruhe und Durlach, im Tarifgebiet der Lohn 15 bis 20 % höher ist als hier, alle Kameraden aufrütteln. Unter allen Umständen muß darauf gedrungen werden, daß bei Erneuerung des Tarifs Einkünften in das Tarifgebiet einbezogen wird, sind doch auch die hiesigen Arbeitgeber jetzt dem Arbeitgeberverband beigetreten. Das muß uns ein Ansporn sein, unsere Zahlstelle auszubauen, um bei eventuellen Fällen gerüstet zu sein.

Freiburg i. S. In einer gut besuchten Mitglieder- versammlung am (?) referierte Kamerad Rösch aus Dresden über: „Kampfbereitschaft als einzig richtige Antwort auf die Maßnahmen der Arbeitgeber im Baugewerbe“. Redner schilderte, daß wir voraussichtlich im nächsten Jahre wieder mit einer neuen, wahrscheinlich viel umfangreicheren Aussperrung zu rechnen hätten; alle Anzeichen deuteten schon darauf hin. Wir müßten uns darauf vorbereiten, einen harten Kampf zu bestehen. Durch die ganz enorme Steigerung vor allem der Lebensmittelpreise sei unsere Lebenshaltung bedeutend herabgedrückt, wir hätten daher die Pflicht, unsere Löhne mit den jetzigen Preisen in Einklang zu bringen. Er ermahnte auch die Kameraden, ihre Kraft nicht in bürgerlichen oder Klubvereinen zu verzetteln, sondern tüchtig an der Erstarbung der modernen Arbeiterbewegung mitzuwirken. Sehr scharf wurde in der Debatte kritisiert, daß bei auswärtigen Betonfirmen, die zum Teil ihre Leute mitbrachten, 11, 12 und sogar 13 Stunden gearbeitet würde. Es handelt sich besonders um Kameraden aus Dresden und Leipzig. Auch haben hiesige Kameraden in Afford gearbeitet, obwohl seit dem 28. Januar d. J. der Beschluß besteht, daß wer in Afford arbeitet, aus dem Verbands ausgeschlossen wird. Vier Mitglieder von den in Frage kommenden waren anwesend; sie gaben die Erklärung ab, in Zukunft keinen Afford mehr zu machen. Auf Grund ihrer längeren Mitgliedschaft wurde von dem Ausschluß abgesehen; hoffentlich zeigen sie in Zukunft mehr Disziplin. Eine Wahl zur Bauarbeiter- schusskommission beschloß die Versammlung.

Halle a. d. S. Unsere regelmäßige Mitglieder- versammlung fand am 7. September bei Streicher statt mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag des Kameraden Voigt. 2. Herbstvergütungen. 3. Verbandsangelegenheiten. Nachdem zunächst die Wahl eines zweiten Schriftführers vorgenommen war, erhielt Kamerad Voigt das Wort. Er sprach über die Entwicklung des Zentralverbandes der Zimmerer und die Kampfweise unserer Gegner. Redner führte aus, wie der Verband seit seiner Gründung im Jahre 1888 von Jahr zu Jahr erstarbt sei. Habe er auch unter dem Ausnahmegesetz schwer leiden müssen, so sei doch im stillen Wege weitergearbeitet worden, und nach dem Fall des Ausnahmegesetzes im Jahre 1890 ging es in schnellerem Tempo vorwärts. Im Jahre 1911 umfaßte er bereits 758 Zahlstellen mit 59 204 Mitgliedern. Auch in finanzieller Hinsicht habe sich die Leistungsfähigkeit des Verbandes außerordentlich gesteigert. Allein im Jahre 1911 seien an Arbeitslosenunterstützung M 470 720, an Reiseunterstützung M 17 585, an Streikunterstützung M 89 482, an Rechtschutz M 14 924 und an Gemäß- regeltenunterstützung M 5478 verausgabt worden. So- dann legte Redner noch die Kampfweise der „Stützen“ der freien Vereinigung bloß. In der Diskussion hierüber wurden von einigen Rednern ein paar Fälle angeführt, wo sich hiesige Mitglieder der freien Vereinigung nicht entblödeten, ruhig ihres Weges gehende Verbandsmitglieder anzuspöbeln und mit Tätlichkeiten zu bedrohen. Diese Leute scheuten sich aber auch nicht, offen zu erklären, bei den geringsten Anlässen würden sie unsere Mitglieder dem Staatsanwalt überliefern. Zum zweiten Punkt: Herbstvergütungen, wurde beschlossen, das Vergütungen nicht am Sonntag, 13. Oktober, stattfinden zu lassen, sondern die Sache nochmals dem Vorstand zu überweisen. Kamerad Voigt teilte noch mit, daß der Zentralverband dem Antrage auf Ausschluß des früheren Mitgliedes Landgraf stattgegeben habe. Dann wurde noch Kenntnis genommen von einigen Zahlstellenangelegenheiten, womit die nicht allzugut be- suchte Versammlung ihr Ende erreichte.

Stetsberg. Am 3. September tagte unsere Monats- versammlung, die von 88 Kameraden besucht war. Im ersten Punkt der Tagesordnung wurde der Kartellbericht bekanntgegeben. Das diesjährige Gewerkschaftsfest ist im allgemeinen sehr gut verlaufen; wenn auch kleine Aus- stellungen gemacht wurden, so sind diese entschuldbar. Alles in allem war das Gewerkschaftsfest eine Veranstaltung, auf die die Hirschberger freigewerkschaftliche Arbeiterschaft mit Befriedigung zurückblicken kann. Auf eine Eingabe eines Genossen um Bewilligung einer Unterstützung infolge eines Unfalles seiner Frau, die dadurch ein Bein verloren hat, wurde vom Kartell beschlossen, an alle Gewerkschaften Sammellisten auszugeben mit der Bitte, den Genossen in seiner traurigen Lage zu unterstützen. Die Beteiligung an der Bibliothek ergab 65 Leser. Da nun auch die Biblio- thek der Metallarbeiter der Zentralbibliothek einverleibt ist, hat der Bücherbestand wiederum eine vorteilhafte Be- reicherung erfahren. Im zweiten Punkt erlatete der Kassierer Bericht über die aufgenommene Statistik vom Monat Juli. Fragelarten wurden von 918 Kameraden 287 ausgefüllt. Anschließend hieran hielt unser Gauleiter, Kamerad Schmidt-Dreslau, einen Vortrag über die gegen- wärtigen Gewerkschaften und unsern Zentralverband der Zimmerer. Redner schilderte, wie im Laufe der Zeit die gegen- wärtigen Gewerkschaften hier und da verfaßt haben, unsere Organisation zu zerstückeln und wie sie sich bei Lohndiffe- renzen und Lohnbewegungen benommen haben. Besonders scharf kritisierte er den christlichen Bauarbeiterverband und die sogenannten Fachabteilung, die vielfach Streikbrecher- dienste geleistet haben. Redner forderte die Kameraden auf, gegen die gegenwärtigen Verbände energisch Front zu machen und für die Verbreitung unserer Organisation zu sorgen. Seine Ausführungen wurden mit reichem Beifall aufgenommen. In „Verschiedenes“ entspann sich zunächst eine lebhaft Debatt über Affordarbeiten, da hin und

wieder immer noch von Kameraden Affordarbeit geleistet worden ist, was in Zukunft unbedingt unterbleiben muß. Des weiteren wurde der Vorstand aufgefordert, sich mit dem Arbeitgeberverband in Verbindung zu setzen betreffs Regelung der Arbeitszeit im Winterhalbjahr. Zum Schluß machte Kamerad Schmidt einige Ausführungen über die Aussperrung 1910 und erwähnte, wie sie entstanden ist und wie wir uns zur nächsten Aussperrung stellen werden. Die teuren Lebensmittelpreise zwingen uns, unsern Lohn erheb- lich aufzubessern. Reicher Beifall lohnte seine Aus- führungen.

Insterburg. Am 12. September tagte unsere Mit- gliederversammlung. Zuerst wurde die Genehmigung erteilt zur Anstrengung einer Klage gegen ein früheres Mit- glied wegen Unterschlagung von Kassengeldern. Ueber das Thema: „Welche Aufgaben haben wir zu erfüllen“, refe- rierte Kamerad Finsel. Der Referent ging zunächst auf den schlechten Besuch der vorigen Versammlung ein, die ausfallen mußte, weil nur sieben Kameraden anwesend waren. Er ermahnte die Anwesenden, unserer Organi- sation mehr Interesse zu widmen. Wir befänden uns in einer schlimmen Situation. Den Unternehmern sei es hier in Insterburg gelungen, eine gelbe Gewerkschaft zu grün- den, die unsere Organisation sprengen solle. Dazu dürfe es auf keinen Fall kommen. Mit Gewalt sei es den Unter- nehmern nicht gelungen, ihre Absicht zu erreichen, jetzt ver- suchten sie es mit List! Solchen Zimmerern, die der gelben Gewerkschaft oder keiner Organisation angehören, zahlen sie 2 3 pro Stunde mehr als der Tarif vorschreibt. Weiter schilderte Redner, wie wir von der Polizei verfolgt würden. Sobald die Polizei merke, daß wir in einem Lokale eine Versammlung abhalten, werde auf den Wirt ein Druck ausgeübt, uns das Lokal zu entziehen. Trotz alledem dürfen wir nicht verzagen, sondern müßten auch den Polizeischikanen mit Ruhe begegnen. Insterburg sei doch schon eine der ältesten Zahlstellen des Ostens, die sich schon einer Reihe von Jahren ihres Bestehens erfreue. Wir müßten auf jeden Fall gewappnet sein, denn das Jahr 1913 werde uns voraussichtlich in eine noch schlimmere Situation bringen als das Jahr 1910. Wir sollten nach Kräften zusammenhalten, um unsere Lebensverhältnisse aufbessern zu können. Wie sähe es heute mit den Lebens- mittelpreisen aus? Die Fleischpreise hätten einen Höhe- punkt erreicht wie nie zuvor. Durch die agrarische Zoll- politik würden die Lebensmittel so in die Höhe getrieben, daß es einem Arbeiter unmöglich sei, seinen Lebensunter- halt bestreiten zu können. Das alles müßten wir uns vor Augen halten, um zu erkennen, welchem Ziele unsere Or- ganisation zutreibt. Das Referat wurde mit großem Bei- fall aufgenommen. Es ließen sich drei Mitglieder in unsere Organisation aufnehmen. In der Diskussion wies der Vorsitzende darauf hin, daß bei einem Unternehmer ver- schiedene Lohnreduktionen vorgenommen seien. Die Sache sei aber schon zu lange her, um es jetzt noch zu veranlassen, daß die Kameraden ihren Lohn nachgezahlt erhalten. Wenn solche Angelegenheiten nochmals vorkommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich sofort beim Vorstand zu melden. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Königsberg i. Pr. Am 4. September fand eine gut besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung bei Pohl- mann, Lammstraße 28, statt. Dem Bericht über den Stand der Bewegung war zu entnehmen, daß sich die Situation weiter zugunsten der Streikenden verbändert hat. Fast alle Streikenden, soweit sie nicht zu höheren Löhnen die Arbeit aufgenommen haben, sind anderweitig in Arbeit getreten. Bei den Unternehmern, welche die Lohn- reduzierung aufrecht erhalten, ruht die Arbeit vollständig. Sie warten noch immer vergeblich auf diejenigen Elemente, die zwar nicht alle, aber doch immer seltener werden. Bis jetzt ist es ihnen noch nicht gelungen, auswärtige Arbeits- kräfte heranzuziehen. Das ist ein schönes Zeichen von der Solidarität unter den organisierten Zimmerern. Während die Arbeiten der andern Unternehmer rüstig vorwärts schreiten, liegen die Arbeitsstellen der gesperrten einsam und verlassen da. Diese haben nun das Nach- sehen und können sich bei denen dafür bedanken, die den Frieden im Baugewerbe gestört haben. Die hier und da eingetretene Lohnreduzierung konnten die Unternehmer bei der gegenwärtigen Prosperität im Baugewerbe sehr gut ertragen, ohne ihren Profit dabei erheblich einzuschränken. Das aber ist mit der Politik des Arbeitgeberverbandes unvereinbar. Deshalb mußte hier „scharf eingegriffen“ und die Löhne mußten reduziert werden. Daß dieses zu einem Konflikt führen mußte, ist für jeden Kenner der Verhältnisse klar. Die Zimmerer haben nicht daran gedacht, eine Lohnbewegung zu inszenieren, die Maß- nahmen des Arbeitgeberverbandes aber machten eine Abwehr unbedingt erforderlich. — Die Versammlung beschloß, daß in den Baugeschäften, die die Lohnreduzierung noch nicht rückgängig gemacht haben, die Arbeit bis auf weiteres zu ruhen hat. Die Sperre über das Geschäft von Fanzsenski ist aufgehoben und die Arbeit kann dort aufgenommen werden. Gesperrt bleiben nach wie vor folgende Baugeschäfte: Wagner & Günther, Gerschmann, Fietz und Gronau.

Mittelsch. Am 1. September fand hier im Schützen- hause eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in der Kamerad Schmidt aus Breslau über den Betonbau und seine Einwirkung auf den Zimmerberuf referierte. Redner empfahl, dem Betonbau in höherem Maße als bisher unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Er führte auch einige größere Projekte in der Provinz an, bei deren Ausführung die Zimmerer Landgeld und Koffgeld bekommen müßten, was ihnen aber vielfach geschmälert würde. Überhaupt hätten jetzt alle Firmen das Bestreben, die Löhne möglichst herunterzubrüden und nur den am Arbeitsorte üblichen Lohn zu zahlen. Sobald Kameraden außerhalb bei Beton- arbeiten beschäftigt würden und nicht den Zuschlag er- hielten, müßte dem Vorstand Meldung gemacht werden. In „Verbandsangelegenheiten“ wurde beschlossen, daß jeder Kamerad M 1 Gebührebeitrag bis zum Schlusse des dritten Quartals zu zahlen hat zur Dedung der von Sch. be- gangenen Unterschlagungen. Auch wurden die gesperrten Lokale nochmals bekannt gegeben. Mit einem Hoch auf den Zimmererverband trat Schluß der gutbesuchten Versamm- lung ein.

Mühlhausen i. S. Unsere regelmäßige Mitglieder- versammlung tagte am 7. September im Lokale von Wein- gorn; sie war nur mäßig besucht. Es ist geradezu be-

schämend, wenn von über 200 Mitgliedern etwa 25 bis 30 erscheinen. In Anbetracht der ersten Zeit und in Hinsicht auf den uns bevorstehenden Kampf, halten wir es für drin- gend notwendig, daß die Kameraden sich aufstellen zu reger Tätigkeit für den Verband. Wir wollen hoffen, daß die Flauheit baldigst verschwinden möge und das Interesse an den Versammlungen ein größeres werde. Nachdem das Protokoll gelesen und eine Aufnahme vollzogen war, wurde Stellung genommen zu den Differenzen mit dem Holz- arbeiterverband. In einer früheren Versammlung wurde das Verhalten organisierter Holzarbeiter (Schreiner) von der Firma Wülhauserer Baugesellschaft (vormals Fiedt) einer scharfen Kritik unterzogen. Es handelte sich um Ar- beiten (Deckenschalung in einem Fabrikneubau), die die bei obiger Firma beschäftigten Zimmerer im Afford aus- zuführen verweigerten. (Affordarbeit ist bei Zimmer- arbeiter nicht usus.) Es wurde ihnen 40 % pro Quadrat- meter angeboten. Aus diesem Grunde wurden Schreiner, die einen niedrigeren Lohn als die Zimmerer erhalten, für diese Arbeit verwendet, ebenfalls im Afford zu 35 % pro Quadratmeter. In einer Platzversammlung, einberufen vom Vorstand der Zimmerer, wurde den Schreineren ihr un- solidarisches Verhalten vorgeworfen. Dem Ersuchen des Vorsitzenden der Holzarbeiter an den Zahlstellenvorstand, an ihrer Mitgliederversammlung teilzunehmen, wurde Folge geleistet. In der Versammlung erklärten die Schreiner, Deckenschalung sei Schreinerarbeit, während wir darauf beharrten, daß es Zimmerarbeit sei, die auch bis jetzt zum größten Teil von Zimmerern verrichtet worden sei. Auch verlangten wir, daß für Zimmerarbeiten der Zimmererlohn bezahlt wird, auch wenn die Arbeit von Ar- beitern verrichtet wird. Der Zahlstellenvorstand vertrat auch diesen Standpunkt, nachdem eine Verständigung mit den Schreineren nicht herbeigeführt werden konnte, in der Kartellung. Das Kartell stimmte dem zu und beschloß, eine gemeinschaftliche Sitzung mit den Holzarbeitern und Zimmerern abzuhalten zur Regelung des strittigen Punktes. Die Sitzung fand statt; der Vorstand der Holzarbeiter zog es jedoch vor, nicht zu erscheinen, was vom Kartellvorstand mißbilligt wurde. Eine Regelung konnte demnach nicht zu- stande kommen. Ob die Zentralvorstände die Angelegen- heit schlichten können, bleibt abzuwarten. Nachdem der Kartellbericht erstattet war, wurde den streikenden Textil- arbeiter M 50 bewilligt. In „Verschiedenes“ wurde be- schlossen, von der Abhaltung des diesjährigen Stiftungs- festes Abstand zu nehmen. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten besprochen und geregelt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Ramslau. Unglaubliches ist hier geschehen und eine heillose Verwirrung in den Köpfen der Vertreter des hiesigen christlichen Bauarbeiterverbandes angerichtet. Unser Verband hat hier eine Zahlstelle errichtet, die bei der Niederschreibung dieses Berichtes schon annähernd 30 Mit- glieder zählen dürfte. Damit ist auch Kreuzburg, die Domäne des christlichen Bauarbeiterverbandes, in Gefahr; denn hat sich der Zentralverband der Zimmerer erst ein- mal in Ramslau festgesetzt, dann dürfte er auch bald seinen Einzug in Kreuzburg halten. Hier heißt es vorbeugen und handeln, ehe es zu spät ist. Und die Christen handeln. Allerdings nicht in christlicher, sondern wie immer in solchen Fällen, wo sie sich in ihrer Alleinherrschaft bedroht sehen, in der niederträchtigsten und verleumderischsten Weise. Zu- nächst wurden an alle eben erst bei uns eingetretenen Mit- glieder Flugblätter versandt, worin in geradezu jesuitischer Weise unser Verband als eine sozialdemokratische Organi- sation hingestellt wird. In einer Gegenüberstellung der Beiträge und Leistungen der christlichen und unserer Organisation werden die Extrabeiträge, die für 1911 und 1912 erhoben werden, in demagogischer Weise ausgenutzt, ohne zu sagen, daß diese Beiträge nur für diese beiden Jahre und zu dem Zweck erhoben werden, um einen Wehr- schatz für das nächste Jahr zu sammeln, damit wir den Aus- sperrungsgelüsten des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe wirksam entgegenzutreten können. Bei den Leistungen wird in dem Flugblatt geflissentlich verschwiegen, daß nur ein kleiner Teil der Mitglieder im christlichen Bauarbeiterverband vier bis acht Jahre und darüber Mit- glied ist und so in den Genuß der höheren Unterstützung gelangt. Ferner heißt es, der christliche Bauarbeiterver- band zahle Kranken- und Sterbeunterstützung, unsere Organisation aber nur Arbeitslosenunterstützung oder Bummelunterstützung, wie sie eine ganz besondere Leuchte dieser Organisation, der „große Agitator“ Krupka aus Kreuzburg, nannte. Auch hier werden die Unterstützungs- sätze angeführt, aber nur nicht die für diese Unterstützungs- zweige ausgezahlten Summen, und zwar geschieht dies nur, um den Flugblattempfängern Sand in die Augen zu streuen. Würde die ausgezahlte Summe genannt sein, wie dies bei uns in solchen Sachen immer der Fall ist, dann würde sich jeder Laie ausrechnen können, daß der christliche Bauarbeiterverband pro Mitglied noch lange nicht die Hälfte an Unterstützungen ausgibt wie unsere Organi- sation. Wie man sieht, ist das Flugblatt nach dem jesui- tischen Grundfatz ausgearbeitet: „Der Zweck heiligt die Mittel.“ Doch dies Flugblatt genügt noch nicht, es wurde eine Hausagitation betrieben und bei dieser Gelegenheit die Leiter unserer Organisation und hauptsächlich der Kamerad Schmidt von Krupka in der gefährlichsten Weise verleumdet. Und dies ausgerechnet von einer solchen christlichen „Größe“, wie sie Krupka vorstellt, der bei seiner Agitationsweise solche „Kiesenerfolge“ zu verzeichnen hat. Als dies alles unsere neugewonnenen Mitglieder nicht irre machen konnte, wurden Versammlungen einberufen und zwar gleich drei in und um Ramslau mit Krupka als Refe- renten. Der Erfolg war denn auch überraschend. In Ramslau waren zwei bei uns organisierte Kameraden und ein im Bauarbeiterverband organisierter Maurer da, von den Christen Held Krupka ganz allein. In Steiners- dorf war Krupka ganz allein und in Schwirk waren 14 Per- sonen, davon über die Hälfte von den Maurern und Mit- gliedern von uns. Ein Beweis dafür, wie Krupka als Redner gefürchtet ist. Wer da glaubt, daß die Christen nun die Nutzlosigkeit ihrer Bemühungen einsehen und sich in das Unvermeidliche ergeben würden, der täuscht sich. Noch ist ja nicht der letzte Krumpf ausgespielt, dies zu tun, sollte dem Nachfolger des so unruhlich gegangenen Pfeffer überlassen bleiben. Sind die Zimmerer nicht mehr aus dem „roten“ Zimmererverbände herauszubekommen,

dann muß dafür gesorgt werden, daß sie keine Versammlungen abhalten können. Als Pfeffers Nachfolger, Gottschalk aus Breslau, hörte, daß Montag, 9. September, in Namslau eine Versammlung stattfinden sollte, machte er sich flugs auf die Beine, um diese, wenn möglich, zu verhindern. Der Abend, an dem die Versammlung stattfinden sollte, kam heran und als erster fand sich Gottschalk ein. Als nach und nach die Kameraden kamen und die Besizerin gefragt wurde, ob wir in die Stube der Regelbahn gehen könnten, weil in der Gaststube eine größere Anzahl Gäste waren, machte sie unsern dortigen Vertrauensmann den Vorwurf, daß er sie belogen hätte, indem er nicht gesagt habe, daß sie „Note“ seien. Als ihr jedoch darüber Aufklärung gegeben wurde, gab sie ohne weiteres ihre Einwilligung zu der Versammlung. Mittlerweile hatten sich 16 Kameraden eingefunden. An Stelle des verhinderten Kameraden H. Schmidt war Kamerad R. Goldschmidt aus Breslau erschienen, der in seinem Referat „Die gegnerischen Gewerkschaften und der Zentralverband der Zimmerer“ einen kurzen Ueberblick über die verschiedenen Organisationsrichtungen gab und bei dieser Gelegenheit zeigte, was die Zimmerer von dem christlichen Bauarbeiterverband zu erwarten hätten. Ihr verräterisches Treiben in Breslau bei der Aussperrung 1910, wo sie Streikbrecher aus ihrer Organisation nach Breslau holten, sowie ihr Verhalten bei den in den letzten Jahren in Breslau stattgefundenen Sperren, wo sie gleichfalls ihre Mitglieder zwangen, Streikbrecher zu werden, und der große Verrat der Christen bei den letzten, bei der Firma Gebr. Huber in Oppeln ausgebrochenen Streit, wo sie Streikbrecher in großen Scharen vermittelten, lasse ohne Zweifel erkennen, daß sie die Schutztruppe der Unternehmer seien, wie dies ja auch aus dem großen Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier zu ersehen sei. Auch von ihren Führern würden die christlichen Arbeiter verraten, indem dieselben fortwährend für höhere Steuern und Zölle stimmen und so den Arbeitern die notwendigen Lebensmittel ungeheuer verteuerten. Wie es die Christen treiben und welche Mittel sie benützen, um ihren Zweck zu erreichen, haben die Zimmerer von Namslau schon zur Genüge erfahren und dies gehe auch aus ihrem Flugblatt hervor. Für die Namslauer Kameraden gibt es nur zwei Wege, entweder sie treten alle in den Zentralverband der Zimmerer ein und erkämpfen sich Schulter an Schulter mit den andern über 60 000 organisierten Kameraden ein menschenwürdiges Dasein, oder sie lassen sich von den Christen ins Schlepptau nehmen und lassen sich zu Unternehmerschülern und Streikbrechern erziehen. In der Diskussion wurde bekannt, daß ein Unternehmer eins unserer Mitglieder gefragt habe, warum die Zimmerer denn gerade in den Zimmererverband eingetreten seien, es wäre doch besser gewesen, sie wären in den christlichen Bauarbeiterverband eingetreten. Auch dies ist ein Beweis dafür, wie die Christen zu den Unternehmern stehen. Erseulich war es, zu hören, wie sich zwei Kameraden gegen die schofle Agitation und hauptsächlich gegen Krupka, für den sie übrigens einen netten Beinamen haben, aussprachen und wie sie erklärten, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um für die Gewinnung neuer Mitglieder einzutreten. Als Schriftführer wurde Kamerad E. gewählt und zu der weiteren Agitation von Kamerad Goldschmidt noch einmal darauf hingewiesen, daß jeder einzelne Kamerad, wo sich nur Gelegenheit bietet, für die Ausbreitung der Organisation eintreten muß. Die Zahlstelle muß sich bis zum nächsten Frühjahr mindestens verdoppeln, wenn die dortigen Kameraden an der nächstjährigen Lohnbewegung teilnehmen und einen höheren Lohn erringen wollen. Damit war die Tagesordnung erledigt und die Versammlung wurde mit der Ermahnung geschlossen, dafür Sorge zu tragen, daß zur nächsten Versammlung alle Mitglieder anwesend sind.

Pofen. Am 27. August tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Im ersten Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer die Abrechnung vom zweiten Quartal, welche genehmigt wurde. Auf Antrag des Revisors wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Im zweiten Punkt wurde die Wahl eines zweiten Revisors vorgenommen, da der bisherige, weil er außerhalb arbeitet, seinen Verpflichtungen nicht nachkommen kann. Im dritten Punkt referierte Kamerad Skóra in polnischer und Kamerad Budzinski in deutscher Sprache über das Thema: „Können die Arbeiter ohne Hilfe ihrer beruflichen Organisation ihre wirtschaftliche Lage verbessern?“ Die Redner wiesen an der Hand statistischer Erhebungen auf die unerschwingliche Teuerung der Lebensmittel, auf die oft unerschwinglichen Mietpreise und die erdrückenden Steuern hin. Wenn es gelte, dem Arbeiter unter die Arme zu greifen, zum Beispiel in Gestalt einer Arbeitslosenunterstützung, dann versagten sämtliche Körperschaften. Das Hauptaugenmerk habe die Arbeiterschaft auf die Organisation der Unternehmer zu richten, die mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln darauf ausgehe, der Arbeiterschaft den Vormarsch zu erschweren. Sämtliche Angelegenheiten deuten darauf hin, daß die Unternehmer im nächsten Jahre der Bauarbeiterschaft einen entscheidenden Kampf aufzwingen werde. Von dem Resultat dieses Kampfes hänge für die Arbeiterschaft alles ab. Darum müsse unsere Aufgabe sein, alle Wege zu beschreiten, um unsere Organisation so auszubauen, daß die Scharfmacher merken, daß sie in dieser Beziehung auf Granit stehen. Es ist charakteristisch, daß gerade in den Gegenden, wo unsere Organisation nicht so gut entwickelt ist, die Scharfmacherorganisation gerade am stärksten ist. Wenn wir unsere wirtschaftliche Lage verbessern wollen, so muß jeder sein ganzes Sinnen und Trachten darauf richten, auch den letzten Berufsgenossen seiner gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen. Im letzten Punkt der Tagesordnung: „Verbandsangelegenheiten“, machte der Vorsitzende bekannt, daß in unserer Zahlstelle statistische Erhebungen vorgenommen wurden über die Arbeitszeit. Dementprechende Formulare würden jedem Kameraden zugestellt. Wegen der hohen Bedeutung dieser Statistik für unsere Kameraden sei es Ehrenpflicht eines jeden, die Formulare rechtzeitig auszufüllen. Kamerad Budzinski erläuterte das Ausfüllen der Formulare. Am Schlusse der Versammlung führte der Vorsitzende Skóra noch an, daß sich immer noch einige Kameraden bereit finden, Ueberstunden zu arbeiten. Diese Kameraden sollten doch bedenken, daß sie zu ihrem eigenen

Schaden arbeiten; denn dadurch bekämen die Arbeitgeber ihre Bauten rechtzeitig fertiggestellt, damit sie am 1. April 1913 eine möglichst große Anzahl Zimmerer aussperrten könnten. Auch die arbeitslosen Kameraden würden geschädigt. Weiter warnte der Vorsitzende vor Affordarbeit, da die Arbeitgeber sie nur zu ihren Gunsten benutzen würden, indem sie die Affordarbeit im nächsten Arbeitsvertrage obligatorisch einführen möchten. Nach Verlesung der Präsenzliste schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Regensburg. Unsere Monatsversammlung tagte am 1. September. Sie nahm zuerst die Abrechnung über das Halbjahr entgegen und entlastete den Kassierer. Weiter hatte sich die Versammlung mit der Wahl eines Revisors zu befassen. Der bisherige Revisor hatte seinen Austritt erklärt, weil er glaube, ohne den Verband auskommen zu können. Er scheint aber sehr bald eingesehen zu haben, daß es doch besser ist, wenn man mit seinen Kameraden an einem Strange zieht; denn in der heutigen Versammlung lag bereits ein Schreiben vor, worin er seine Erklärung rückgängig macht und um Fortsetzung seiner Mitgliedschaft bittet. Die Versammlung entsprach seinem Wunsche, nahm in frisch wieder auf und beschloß, daß er die Beiträge für die Restwochen als Buße an die Lokalkasse zu entrichten habe. Ein Vorschlag des Vorsitzenden, für die in Orkus verunglückten Kameraden die Beiträge aus der Lokalkasse zu entrichten, fand Annahme. Für den Zentralstreifonds soll jedes Mitglied 50 s zahlen, der Rest wird aus der Lokalkasse gedeckt. Zum Schlusse hielt Kamerad Finsel aus Elbing noch einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag.

Schönebeck a. d. E. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung tagte am 14. September im „Bürgerhaus“. Der Besuch ließ trotz aller Agitation leider viel zu wünschen übrig. Ueberhaupt scheint ein großer Teil der Kameraden wenig Interesse daran zu haben, was in Zukunft werden soll. Der hauptsächlichste Punkt betraf die Erhebung eines einmaligen Extrabeitrages. Der Vorsitzende wies in längeren Ausführungen darauf hin, daß es sehr notwendig sei, uns für die kommende Zeit kampffähig zu halten. Deshalb mache der Vorstand der Versammlung den Vorschlag, einen einmaligen Extrabeitrag von 1 s zu erheben. Nachdem genügend dafür und dagegen gesprochen war, blieb die Abstimmung zweifelhaft. Daraufhin wurde auf Vorschlag die Abstimmung per Stimmzettel vorgenommen, die Stimmgleichheit ergab. Damit war der Vorstandsantrag abgelehnt. Nach diesem Ergebnis beantragte Kamerad Staate, den Winterbeitrag von 20 s auf 30 s pro Woche zu erhöhen. Kamerad Schulze stellte den Zusatzantrag, daß sämtliche Kameraden, ob arbeitslos oder nicht, diesen Beitrag für zehn Wochen zu leisten haben. Beide Anträge wurden fast einstimmig angenommen. In „Verschiedenes“ wurde zunächst ein Antrag auf Abhaltung eines Vergnügens mit knapper Majorität abgelehnt. Des weiteren kam der schlechte Versammlungsbefuch in diesem Jahre zur Sprache. Auf Antrag wurde beschlossen, vom nächsten Jahre ab den Versammlungskontrollstempel einzuführen. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten geregelt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Trier. Am 29. August fand eine Sonderversammlung für die am Brückenbau beschäftigten Kameraden statt. Es handelte sich in der Hauptsache darum, ihnen die Bestimmungen des mit der Firma Dyerhoff & Widmann vereinbarten Vertrages klarzulegen. Von 28 Mann, die dort arbeiten, sind 25 organisiert, die vorwiegend außerhalb wohnen und die Mitgliederversammlung deshalb nicht besuchen können. Der Vorsitzende erläuterte den Vertrag in ausführlicher Weise und forderte am Schlusse die Kameraden auf, dafür zu sorgen, daß auch die übrigen Zimmerer dem Verbandszugehörig würden.

Am 1. September fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, die gut besucht war. In Hinblick auf den bevorstehenden Quartalsabschluss ersuchte der Vorsitzende die Kameraden, ihre Beiträge rechtzeitig in Ordnung zu bringen. Des ferneren machte er auf eine öffentliche Zimmererversammlung aufmerksam, in der unser Kamerad Janzen das Referat hält. Auch zum Eintritt in den Konsumverein forderte er die Kameraden auf, die Bedingungen hierzu näher erläutern. Ein weiterer Redner machte ebenfalls auf die Vorteile des genossenschaftlichen Einkaufs aufmerksam, besonders hob er hervor, daß man im Konsumverein billiger und besser einkaufe als in privaten Geschäften.

Wernigerode. Hier fand am 7. September eine Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung war folgende: 1. Kartellbericht, 2. Bericht über die Gehaltszulage der Vorstandsmitglieder, 3. Verschiedenes. Nach Verlesung des Protokolls erstattete Kamerad Vollmann den Kartellbericht. Alsdann wurde vom Vorsitzenden ein Vortrag gehalten über die Verschmelzung der Krankenkassen. Unter anderem wurde auch bekanntgegeben, daß Broschüren über das Altersversicherungsgesetz vertrieben werden sollen. Zur Besoldungsfrage der Vorstandsmitglieder, die von einer Kommission vorbereitet war, wurde der Vorschlag der Kommission von der Versammlung bestätigt. Unter „Verschiedenes“ stattete ein Kamerad seinen Dank ab für die Unterstützung anlässlich seines Unglücksfalles. Weiter wurde noch beschlossen, keine Agitation in Braunlage zu betreiben, da selbige zwecklos sei. Vom Vorsitzenden wurde noch der schlechte Besuch unserer Versammlungen gerügt.

Wiesbaden. Am 4. September tagte im Gewerkschaftshaus eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung, in der auch der Gauleiter, Kamerad Kremser, anwesend war. Er legte kurz dar, welche Bewandnis es mit den von ihm unterzeichneten Verträgen mit den Firmen Dyerhoff & Widmann und Wahj & Freitag habe. Der Vertrag sei für die Zahlstelle Wiesbaden als solche nicht bindend, dennoch bedeute er gegenüber den bisherigen Zuständen einen Fortschritt. Um die Sachlage hinreichend klarzustellen, wurde jedem Mitgliede ein Flugblatt zugestellt werden. Hierauf gelangte der zweite Punkt zur Diskussion: die Beiträge zum Gewerkschaftshaus und zur Jugendorganisation. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, den geforderten Beitrag von 40 s für das Gewerkschaftshaus und 10 s für die Jugendorganisation zu bewilligen.

Zwickau. Am 8. September tagte im Restaurant „Belvedere“ unsere regelmäßige Mitgliederversammlung.

Ueber „Tarifpolitik“, unter besonderer Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse“, referierte der Vorsitzende. Seine Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion bemängelte ein Kamerad das Arbeitsverhältnis bei einem städtischen Unternehmer, der das schon längst beseitigte Ueberstundenwesen wieder einzuführen versucht. Aus dem vom Kameraden Schöne erstatteten Kartellbericht ist die Errichtung eines Bezirkssekretariats hervorzuhoben, das nur über Fragen der Arbeiterversicherungs-gesetze Auskunft erteilen soll. Redner legte die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung dar und erläuterte die Kosten. Verschiedene Kameraden sprachen sich gegen die Einrichtung eines solchen Instituts aus, doch wurde von dem Berichterstatter in eingehender Weise nachgewiesen, daß die hiesigen Verhältnisse das Sekretariat dringend notwendig machten. Unter „Verschiedenes“ machte der Vorsitzende auf die von den Kolporturen ausgegebenen Fragebogen aufmerksam und ermahnte die Kameraden, sie sorgfältig ausgefüllt wieder zurückzugeben. Von einem Kameraden wurde noch bekanntgegeben, daß auf dem Bau der hiesigen Genossenschaftsbäckerei 18 bis 20 Zimmerer eingestellt würden, die sich beim Vorarbeiter Weiße zu melden hätten. Mit der Aufforderung, unermüdet auf allen Bau- und Arbeitsplätzen für unsern Zentralverband zu agitieren, damit wir im nächsten Jahre eine geschlossene Macht bilden, schloß der Vorsitzende die Versammlung.



Baugewerbliches.

Risiko der Bauarbeiter. In Castrop verunglückte der zwanzigjährige Zimmerer Johannes Schacht aus Neumünster durch Absturz beim Balkenlegen. Er fiel auf eine Betondecke und zog sich erhebliche Verletzungen zu. — In Lüneburg stürzte beim Umbau des Sturmschen Schuhwarengeschäfts der 24 Jahre alte Zimmermann Johannes Wiese, der einzige Sohn seiner Mutter, vom Gerüst ab, wobei er schwere Verletzungen erlitt, denen er nach einigen Stunden erlag. — In einem Neubau in Lombach stürzten die Zimmerleute Albert Niebling aus Ronsdorf und Melchior Spahn aus Barmen ab. Spahn erlitt einen Schädelbruch, der nach kurzer Zeit den Tod zur Folge hatte. Der andere Verunglückte liegt schwer verletzt daneben. — In Mühlhausen i. E. war der 65jährige Zimmerer Jakob Kiefer in der Kleberstraße 37 mit der Abdeckung eines Schuppens beschäftigt. Der Schuppen stürzte plötzlich zusammen, wobei K. erhebliche Verletzungen erlitt. Er wurde vom Sanitätsposten nach seiner Wohnung gebracht. — Von einem Neubau in Solingen an der Friedrichstraße stürzte der Bauhilfsarbeiter L. ab; der Mann, der bei seiner Arbeit das Uebergewicht bekommen hatte, erlitt einen doppelten Schädelbruch und einen Armbruch und wurde in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus eingeliefert. — Aus Hamburg werden folgende Bauunfälle gemeldet: Ein tödlicher Unfall passierte am 11. September bei den Kammarbeiten am Reihertieg. Der Arbeiter Zusmiarskowski war mit mehreren Kollegen beim Transport von Rammstählen beschäftigt; er hatte einen Rammstahl an einer Kette zum Aufheben angeschlagen. Beim Aufheben schlug der Stahl seitwärts gegen einen andern Stahl. K. konnte nicht fortkommen und kam so zwischen die Pfähle, wodurch er schwere innerliche Verletzungen erlitt. Der Verunglückte wurde ins Hafentraktenhaus transportiert, wo er nach wenigen Stunden seinen Verletzungen erlag. Am 12. September wurde in Neumühlen der Arbeiter C. Schulz beim Tiefbau von einer Lori überfahren. Sch. erhielt eine Beinverletzung und wurde ins Krankenhaus geschafft. Am 13. September schlug sich der Zimmerer J. Teuber am Hafenanbau am Ellerholzst mit der Axt ins Bein. Der Verunglückte wurde ins Krankenhaus transportiert. — An den Arbeiten der Sonnborner Brücke in der Nähe von Barmen-Elberfeld (siehe auch Bericht unter „Unsere Lohnbewegungen“) haben sich in der letzten Woche zwei Unglücksfälle ereignet. Am Dienstag, 10. September, fiel der 33 Jahre alte Zimmerer Karl Thomas aus Barmen aus einer Höhe von 3 m in die zurzeit sehr hochgehende Wupper. Er konnte, ohne Schaden genommen zu haben, dem nassen Element wieder entrispen werden. Schlimmer erging es dem neunzehnjährigen Zimmerer Heinrich Imhof, der aus einer Höhe von 16 m abstürzte. Im Fallen schlug er mehrere Male auf Querverbandsbalken und zuletzt auf eine 3 m über dem Erdboden befindliche Zange, die dem Druck nicht standhielt und durchbrach. Dieser Umstand hat verhütet, daß der Unfall einen tödlichen Ausgang nahm; denn der Bedauernswerte hätte sich ungewisselhaft auf dem Bruchsteinmauerwerk den Schädel zerschmettert.

ssc. Bodenpreissteigerung. In Heft 21/22 der vom Genossen Pflüger herausgegebenen „Sozialpolitischen Zeitschriften der Schweiz“ behandelt Nationalrat Genosse Müller, Finanzdirektor der Stadt Bern, die Wertsteigerung des Bodens in städtischen Gemeinwesen. Er zeigt, daß z. B. in der Stadt Bern von 1882 bis 1911 der Bodenswert sich mehr als verdreifacht hat (Steigerung um 739,5 pSt.). Er berichtet unter anderem von einem Grundstück, dem „Brummengut“, das noch 1905 bei der Grundsteuerreform auf Fr. 2 pro Quadratmeter veranschlagt war, welcher Ansat 1906 auf Fr. 5 erhöht wurde. 1909 wurde das Grundstück zum Preise von Fr. 12½ pro Quadratmeter an ein Konsortium verkauft, das es noch im selben Jahre zu Fr. 29,14 im Durchschnitt an Bauunternehmer weiterverkaufte. Bald stieg der Preis auf 33, im nächsten Frühjahr auf 42,83 und im Sommer 1910 auf Fr. 64 für das Quadratmeter: also eine Steigerung auf das zweiunddreißigfache in fünf Jahren.

Aus Zürich werden noch ganz andere Dinge berichtet. So stieg an der Susenbergstraße von 1878 bis 1905 das Quadratmeter von Fr. 10,63 auf Fr. 28,96, an der Weinbergstraße von 1860 bis 1901 von Fr. 2,61 auf Fr. 70,00, an der Bahnhofstraße von 1869 bis 1904 von Fr. 6,70 auf Fr. 1417 und am Bahnhofplatz von 1878 bis 1903 von Fr. 230 auf Fr. 1624; bei einem andern Grundstück 1860

bis 1901 von Fr. 3,15 auf Fr. 665,76 pro Quadratmeter: Steigerungen von vielen Hunderten und selbst Tausenden Prozenten, rein durch die allgemeine Entwicklung und die Arbeit der andern, ohne irgendeine Leistung des glücklichen Besitzers.

Man denkt dabei an den eklatanten Fall, der sich vor einigen Jahren in Berlin ereignete. Dort wurde das frühere Gebäude des Kriegsministeriums, Ecke Wilhelm- und Leipziger Straße, verkauft. Das begreiflicherweise stattliche Gebäude, das zu Beginn des 19. Jahrhunderts erworben worden war, hatte damals 14 000 Taler gekostet. Jetzt kam das Quadratmeter des Geländes allein auf M 3000, das heißt eine Quadratrute (14,2 qm Platz) genau so teuer, als hundert Jahre früher das ganze Gebäude gekostet hatte! An der Ecke Friedrichstraße—Unter den Linden, der sogenannten Kranzlerede, aber kam das Quadratmeter vor einiger Zeit gar auf M 7000. Und in Newyork ist sogar schon ein Preis von etwa M 20 000 für das Quadratmeter erreicht worden. Zutreffend jagt Genosse Müller: „Die Grundrente (deren Kapitalisierung der Bodenpreis darstellt), ist ein Tribut, der dem Grundeigentümer für die relative Monopollage seines Grund und Bodens bezahlt werden muß. Sie ist arbeitsloses Einkommen.“ Und man kann hinzufügen: ein ständig steigendes, immer stärker am Arbeitsvertrag und Lebensinhalt der Gesamtheit zehrendes Einkommen begünstigter Monopolisten und Spekulanten, dessen Beseitigung durch Ueberführung des Baugeländes in Gemeineigentum eine immer dringendere Notwendigkeit geworden ist.

Ueber die Lage des Baumarcktes Nord- und Mittel-Deutschlands im Juli berichtet die Berliner „Zemindustrie-Zeitung“: In Mecklenburg beschränkte sich die Bautätigkeit fast nur auf Arbeiterhäuser; gering war sie in Kiel und Schleswig. Etwas lebhafter ging es in Bremen und Lübeck zu. Recht ruhig war es dagegen in Hamburg, Altona, Cuxhaven und Bremerhaven. Auch Flensburg, Etenlund und Wilhelmshaven gewährten nur geringe Beschäftigung. Regere Tätigkeit herrschte in Wismar; nicht über den gewohnten Rahmen hinaus ging die Bautätigkeit in Schwerin, Rostock, Strelitz, Neutrelitz und Neubrandenburg. Auch Gültrow lag ziemlich ruhig. Oldenburg, Vant, Nüstingen und Heppens hatten gleichfalls nur wenig Verkehr. Etwas besser war die Lage in Hannover; Osnabrück wies gegenüber dem Vormonat keine Aenderung auf. In Lüneburg sind einige öffentliche Bauten zu erwarten; die Bautätigkeit wird durch die Schwierigkeiten bei Beschaffung zweiter Hypotheken gehemmt. Nicht viel anders liegen die Verhältnisse in Göttingen und Hildesheim. Stettin zeigte, von wenigen größeren Bauten abgesehen, nur geringe Belebung, während die Uedermünder Ziegeleien steigenden Absatz nach außerhalb verzeichneten. In Kreuz ließ gegen Ende Juli die Bautätigkeit etwas nach; auch in Stargard brachte die Ernte eine Stodung mit sich. Arnswalde hatte eine noch zufriedenstellende Anzahl öffentlicher und privater Bauten. In Brandenburg brachte die ungünstige Witterung einen nicht unerheblichen Rückgang. Wenig umfangreich war die Beschäftigung in Wittenberge (Bezirk Potsdam), wie sie auch in Rützin zu wünschen übrig ließ. In Groß-Berlin war zwar die städtische und staatliche Bautätigkeit ziemlich rege, doch war von Privatbauten verhältnismäßig nur wenig zu sehen. Das gilt nicht nur von Berlin selbst, sondern auch von Charlottenburg, Wilmerzdorf, Neufölln, Spandau, Friedenau, Lichtenberg usw. Besonders ungünstig liegt der Baumarck in Steglitz. Wenig befriedigend ist die Lage auch in Zehlendorf, Rathenow, Döberitz-Milow und in Herzfelde. Ein wenig gehoben hat sich die private Bautätigkeit in Frankfurt a. d. O.; sehr rege war sie in Wittenberg (Bezirk Halle). Nützlich vorwärts schritt der Bahnbau in Sommerfeld (M.-V.). Außerordentlich still war das Geschäft in Uckerlesben; nicht viel besser lag es in Dessau, Vernburg und Cöthen. Cottbus und Guben sowie Halberstadt hatten sich wenig geändert. In Magdeburg war die Bautätigkeit sehr lebhaft; die Betriebe waren voll beschäftigt. Halle a. d. S. hatte dagegen nur schwache Beschäftigung. In Braunschweig, Holzminden und Wolfenbüttel sowie in Helmstedt war die Lage flau. Wertheim, Bitterfeld, Torgau, Delitzsch und Eilenburg ließen zu wünschen übrig. In Dresden hatten sich die Verhältnisse ein klein wenig gebessert; in Bauten war es ziemlich ruhig, während in Zittau ein Ueberangebot von Wohnungen vorhanden war. Meißen, Döbeln, Rochwein und Annaberg zeigten das bisherige Gepräge. Freiberg, Chemnitz und Plauen i. V. sprachen von einem guten Geschäftsgange. Auch Zwickau und Reichenbach i. V. waren leidlich zufrieden. In Leipzig trat zunächst ein Stillstand ein; doch begann man gegen Monatsende mit neuen Bauten. Borna, Waldheim, Taucha, Frohburg, Geithain und Markranstädt lagen ruhig; ebenso Crimmitschau. Recht schleppend war der Verkehr in ganz Mittelthüringen. Gera und Greiz sowie Altenburg zeigten keine Veränderungen. Weimar, Eisenach, Meiningen, Coburg und Gotha hatten nur geringe Bautätigkeit, ebenso Erfurt. Vollständig danieder lag sie in Sonneberg, während sie sich anhaltend gut in Nordhausen entwickelte. Still war das Geschäft schließlich noch in Hameln.

Das Baufieber, das Petersburg im letzten Jahre ergriff, hat in den letzten zwei Wochen fast täglich Katastrophen zur Folge gehabt, die auf die nachlässige Ausführung der Bauten zurückzuführen sind. Am Englischen Prospekt stürzte ein siebenstöckiger Neubau ein und bildete einen gewaltigen Trümmerhaufen. Ein zweiter Neubau stürzte auf dem Wassili Ostrow in sich zusammen. Hierbei kamen zwei Arbeiter ums Leben. Der erste Einsturz ist insofern bemerkenswert, als das gewaltige Haus im Laufe weniger Minuten vom Erdboden verschwunden war. Die Nebenhäuser wurden so stark beschädigt, daß ihnen gleichfalls der Einsturz droht.

Sozialpolitisches.

Das amtliche Vertrag zur Steuerungsfrage. Das Statistische Amt der Stadt Schöneberg hat eine interessante Zusammenstellung über die Bewegung der Fleischpreise auf den dortigen Märkten in den Sommermonaten Juni, Juli und August der letzten Jahre

beröffentlicht, die den ungeheuren und ungewohnten Aufschlag der letzten Zeit erkennen lassen. Die für die einzelnen Fleischsorten gezahlten Mindestpreise betragen pro Kilogramm in Pfennigen:

		1909	1910	1911	1912
Rindfleisch von der Keule	Juni ...	150	150	160	180
	Juli ...	140	150	160	200
	August ...	140	170	160	230
" vom Bauch	Juni ...	120	120	150	140
	Juli ...	120	180	140	150
	August ...	120	140	130	180
Schweinefleisch	Juni ...	180	180	120	150
	Juli ...	140	140	120	150
	August ...	160	140	120	200
Kalbfleisch	Juni ...	130	130	140	160
	Juli ...	180	130	150	160
	August ...	130	150	140	180
Hammelfleisch	Juni ...	150	140	180	180
	Juli ...	150	160	180	160
	August ...	150	160	140	200

Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, daß die Fleischpreise in den letzten Monaten Hochstadien erreicht haben, wie in keinem der vorhergehenden drei Jahre. Ergänzend zu den oben gegebenen Ziffern ist noch zu bemerken, daß der Mindestpreis für Rindfleisch von der Keule zum Beispiel in den Jahren 1909 bis 1911 zuweilen bis auf M 1,30 zurückging, vom 8. bis 21. August d. J. jedoch nicht unter M 2,30 sank. Rindfleisch vom Bauch, das in den vorhergehenden Jahren bis auf M 1,20 heruntergegangen war, kostete seit dem 12. August 1912 nie mehr unter M 1,80. Schweinefleisch wurde in den Jahren 1909 bis 1911 meist für M 1,10 bis M 1,30 im Mindestpreis verkauft und stieg nur ganz vorübergehend auf M 1,70. Seit dem 7. August d. J. beträgt der Mindestpreis ständig M 2. Ebenso beträgt der Mindestpreis für Kalbfleisch seit dem 25. Juli d. J. M 1,80 bis M 2, während er in den vorhergehenden Sommern nur ganz ausnahmsweise M 1,50 überstieg.

Ansichts dieser Tatsachen sollten sich die städtischen Verwaltungen nicht auf lange Kommissionsberatungen einlassen, sondern die nötigen Maßnahmen zur Abhilfe der Not auf dem kürzesten Wege verfügen.



Haus- und Wohnungsbau im Altertum.

Von Th. Wolff-Friedenau.
(Schluß.) (Nachdruck verboten.)

Anders wie das griechische entwickelte sich das spätere römische Wohnhaus, das größere Pracht aufweist und auch rein architektonisch nach größeren Formen strebt. Die veränderte Lebensweise der Römer bringt auch in das Wohnwesen ein neues Element; während die Wohnhäuser der Ägypter und Griechen lediglich von deren Besitzern selbst bewohnt wurden und jede Familie ihr eigenes Wohnhaus hatte, kann mit Bestimmtheit angenommen werden, daß die Römer, wenigstens zum erheblichen Teil, in Miethäusern wohnten, die oftmals bis zu fünf Geschosse aufwiesen. Die römische Wohnung, wenigstens die des wohlhabenden Besitzers, weist auch bereits die verschiedenartigsten und viel mehr Räume auf, als das griechische Wohnhaus, außer den eigentlichen Wohn- und Schlafzimmern für die Familie auch Empfangsräume, Prunkzimmer, Bildersaal, Fremdenzimmer usw., Ankleideräume, Voudoir und Alkoven, ferner auch Speisezimmer, meistens sogar zwei, eins für den Winter und eins für den Sommer, mehrere Gesellschafts- und Unterhaltungsräume usw. Nach der Straße zu ist oftmals ein Ladenraum gelegen, den der Hausbesitzer entweder vermietet oder selbst zum Betriebe seines Gewerbes benutzt.

Auch bei Griechen und Römern finden wir als wichtigstes Möbel der Wohnungseinrichtung das Bett, und zwar nicht nur als Schlafmöbel für die Nacht, sondern auch als Liegemöbel für den Tag, auf welchem man sich besonders zu den täglichen Mahlzeiten ausstreckte. Griechen und Römer wie übrigens auch die Ägypter, setzten sich nämlich nicht, sondern legten sich zu Tisch, indem sie halb liegend und mit ein wenig erhobenen Oberkörper ihre Mahlzeiten einnahmen. Besonders bei den Griechen wurde so das Bett, die „Müne“, als Liegemöbel für den Tag- wie Nachtsgebrauch wohl das wichtigste Stück der gesamten Wohnungseinrichtung, das wir daher in den Schilderungen der griechischen Dichter und Schriftsteller vorzugsweise erwähnt und beschrieben finden. Demgemäß wurden die Bettmöbel bei den Griechen auch oftmals auf das herrlichste geschmückt, oftmals sogar statt aus Holz aus Metall, besonders Bronze, hergestellt, in das überdies noch andere edlere Stoffe, wie Gold, Silber, Elfenbein, auch edle Steine usw., kunstvoll eingelegt wurden. Mehrere solcher griechischer Prunkbetten sind in Pompeji gefunden worden. Einen noch ausgedehnteren Kult in Bettmöbeln aber trieben die Römer, die, entsprechend den verschiedenen Funktionen des Bettes, nicht weniger als fünf verschiedene Arten von Betten herstellten und gebrauchten, und zwar das Schlafbett (lectus cubicularis), dann das Ehebett (lectus generalis), das Krankenbett (scimpidium), das kostbare Totenbett (lectus funebris) und endlich das für die Mahlzeiten verwandte, aufs reichste geschmückte Tischbett (lectus tricliniaris). Auf Schönheit und Bequemlichkeit der Kissen und Decken legten sowohl Griechen wie Römer den größten Wert. Eigentliche Sitzmöbel für den allgemeinen häuslichen Gebrauch kamen erst gegen Ende der Römerzeit zur Anwendung, doch diente schon lange vorher der Stuhl den Römern als eine Art Amts- und Ehrensitz, wie etwa der turulische Sessel, der Amtssitz der Senatoren, der in der Geschichte des römischen Reiches eine oft erwähnte Rolle spielt.

Eine eigenartige Besonderheit des Möbelbaues des Altertums bestand darin, daß fast alle Möbel durch Unterstell- und Hebevorrichtungen höher und niedriger gestellt werden konnten, ein Vorzug von großem, praktischen Wert, der sich nur bei den wenigsten unserer modernen Möbel erhalten hat. Waren die Möbel für den gemeinen Mann in Stil und Ausführung allgemein sehr einfach gehalten, so

führte das Luxusbedürfnis der Reichen und Vornehmen auch im Altertum schon zur Erzeugung von Prunkmöbeln der verschiedensten Art, die bereits eine ganz bedeutende Stufe der kunstgewerblichen Entwicklung erkennen lassen. Der Stil solcher Prunkmöbel bestand vor allem in der Einlage kostbarer Materialien wie Gold, Silber, Bronze, Elfenbein, seltener Holzarten usw. in das Holz der Möbel, und zwar in Form reicher und künstlerisch vollendeter Verzierungen nach Art unserer Zintarsien. Fernere Verzierungen der Möbel waren kunstvolle Schnitzereien in Form von Tierfüßen und Tierköpfen und andern plastischen Darstellungen, wie es das kunstgewerbliche Altertum denn überhaupt liebte, den verschiedenen Gerätschaften der häuslichen Einrichtung die Form von Tier- und Menschenköpfen zu geben. Senkrechte Stützen und Lehnen mit rechtwinklig angelegten Verbindungen, Sitzbretter, Tischplatten, sind fernere Eigenschaften des Möbelstils jener Zeit. Horn- und Buchsbaumholz war hauptsächlich das Material der griechischen und auch der römischen Möbelerzeugung.

Für kostbare und möglichst prunkvolle Möbel, besonders für solche, die aus Ästen eingeführt worden waren, bezahlten die reichen Römer ganz ungeheure Summen, die für uns einfach fabelhaft klingen. So kaufte, wie der römische Schriftsteller Plinius berichtet, der berühmte Redner Cicero einen Tisch aus Bypresenholz, für den er den Preis von einer Million Sesterzen, nach unserm Gelde über M 200 000, bezahlte. Und dabei gehörte Cicero noch lange nicht zu den reichsten Leuten Roms, und mag noch bei weitem nicht den größten Möbelluxus geübt haben.

Was der Wohnungseinrichtung des antiken Hauses dagegen fast gänzlich fehlte, war der Schrank, der jedoch durch Laden, Truhen und ähnliche Kastenmöbel ersetzt wurde. Erst in der letzten römischen Zeit kamen auch vereinzelt schrankartige Möbel mit Türen und Gefachen in Aufnahme. Nicht unerwähnt lassen möchten wir nun endlich ein sehr eigenartiges Stück des antiken Mobiliars, eigenartig besonders der Art seiner Herstellung wegen, nämlich den Spiegel. Spiegel aus Glas kannte das Altertum nicht, da das Glas erst eine Erfindung der späteren Zeit war, wohl aber kannte und verwandte man Spiegel aus runden und blankpolierten Metallscheiben aus Silber und Kupfer, manchmal sogar aus Gold. Solche Spiegel kannten übrigens auch die alten Ägypter und die andern orientalischen Völker; sogar in vorgehichtlicher Zeit scheinen solche Spiegel bereits in Gebrauch gewesen zu sein, wenigstens sind vielfach Funde solcher Spiegel aus jenen Zeiten gemacht worden. Die Spiegel waren zumeist Handspiegel, die aufs kostbarste geschmückt und verziert wurden und besonders in den vornehmen Familien zumeist Objekte von hohem Wert waren. Jedenfalls trieben die römischen Frauen und Mädchen einen Luxus in kostbaren Spiegeln, den selbst unsere heutigen Modedamen nicht zu übertreffen vermöchten. Außer aus Metall wurden auch Spiegel aus dunklem, obsidianartigem Gestein hergestellt, das poliert, ebenfalls eine starke Spiegelwirkung ergab. Solche polierten Obsidianflächen wurden auch in die Wände der Wohnräume eingelassen und stellten dann eine Art Wandspiegel dar, wie ihn die Häuser reicher römischer Familien vielfach besaßen. Eine besondere Art des Möbelbaues des Altertums endlich waren Möbel aus Stein, Marmor und Metall, die schon bei den Ägyptern, noch mehr aber bei den Griechen und Römern zu finden sind. Allerdings waren solche Möbel, die noch mehr wie die Holzmöbel Gegenstand des künstlerischen und kunstgewerblichen Schaffens der Antike wurden, nur Besitztum der ganzen Reichen und Vornehmen, zum Teil sogar nur der Herrscherfamilien, während sie dem Hause des gewöhnlichen Sterblichen gänzlich fern blieben. Lagerstätten aus Erz, die mit Polsterbecken belegt wurden, waren die Ruhelager vornehmer und fürstlicher Persönlichkeiten; allgemeineren Gebrauch jedoch erlangten sie nicht. Bemerkenswert sei noch, daß die Mode der steinernen und metallenen Möbel sich bis ins Mittelalter hinein erhielt, ebenfalls fast ausschließlich für den Gebrauch fürstlicher Personen und besonders für die Funktion des Thronessels. Ein solches Stück mittelalterlicher Werkkunst ist unter anderem der jetzt im Louvre zu Paris befindliche steinerne Thronessel des fränkischen Kaisers Dagobert. Ungleich größere historische Berühmtheit jedoch besitzt der Kaiserstuhl Heinrich III (1039 bis 1056), den dieser in seinem Schlosse in Goslar benutzte und der noch am 21. März 1871 Kaiser Wilhelm als Thronessel bei der Eröffnung des ersten deutschen Reichstages diente. Der Stuhl besteht nur aus einem etwa einen halben Meter hohen, massiven Sitz aus Sandstein, der auf vier Kugelfüßen ruht und in einfachen linearen Formen ausgeschauen ist; Rücken- und Seitenlehne bestehen aus Bronzezug in reichen, durchbrochenen Arabeskenformen. An einem „Tisch aus Marmelstein“ sitzt nach der Sage auch Kaiser Barbarossa im Ruffhäuser.

Auch den Griechen und Römern fehlte noch die Kunst der Möbelpolsterung; auch bei ihnen mußten, wie schon bei den Ägyptern, Tierfelle die Polsterung ergeben, und ebenso dienten auch bei ihnen gewirkte Teppiche als beliebte und sehr wirkungsvolle Mittel der Wohnungsdekoration, der Bekleidung und Verzierung der Wände, der Decke und auch des Fußbodens. Besonders bei den Römern trieben die Reichen, wie in allem, so auch in der Verwendung kostbarer Teppiche, Decken und Felle einen ungeheuren Luxus. Sie bezogen die Teppiche besonders aus dem Orient, wo, wie bereits erwähnt, Perser, Babylonier und Assyrer seit alterher die Kunst der Teppichherzeugung betrieben und allmählich zu höchster Blüte und Vollendung gebracht hatten. Besonders die phönizischen Städte Tyros und Sidon (das heutige Saïda im Mittelmeer) und ebenso auch die Stadt Pergamon in Kleinasien galten als Hauptsitze der Teppichwebkunst, deren herrliche Erzeugnisse auf dem Handelswege in die Wohnstätten der reichen Römer gelangten. Von den Erzeugnissen der alten orientalischen Bildweberei und Stickerei entwarfen die alten griechischen und römischen Schriftsteller ganz begeisterte Schilderungen. Teppiche waren der edelste Schmuck des reichen römischen Hauses, der sowohl die Lagerstätten zierte, wie auch als Wandbekleidung verwandt wurde und den Fußboden deckte. Ferner dienten Teppiche auch als bewegliche Wände zur Herstellung bzw. Abteilung kleinerer Gemächer in den weiten Palasträumen, also ungefähr nach der Funktion spanischer Wände, und bei den öffentlichen Fest- und Triumphzügen bildeten Teppiche, auf Stangen von Sklaven getragen, ganze Straßenzüge. Die Darstellung der Teppiche bestand in reichsten

figürlichen Ornamenten, Arabesten, phantastischen Menschen- und Tiergestalten und ganzen Gemälden Kultur- und kriegerischen Inhalts. Die römischen Teppiche geben den modernen Erzeugnissen der Teppichfabrikation an künstlerischem Reichtum, an Farbenpracht und Darstellungsschönheit sicherlich nichts nach und waren jedenfalls hervorragende Mittel zur Erzielung dekorativer Effekte in Wohnung und Öffentlichkeit.

Das Römerreich ging unter und mit der römischen Kultur verschwanden auch die Erzeugnisse der bereits hochentwickelten Kunst der Römer im Wohnungsbau und in der Wohnungseinrichtung, verschwanden die römischen Möbel und die römischen Teppiche, allerdings nicht, ohne bedeutende Ueberreste zu hinterlassen, die im Wohnungs- und Möbelbau der germanischen Völker, die nunmehr auf den Plan der Kriegs- und Kulturgeschichte traten und die hauptsächlichsten Träger derselben zu werden berufen waren, neues Leben gewannen und auf die Wohnungseinrichtung dieser Völker von starkem Einfluß wurden. Es begann im Wohnungsbau und Wohnungseinrichtung die Ära des Mittelalters und der christlichen Kulturvölker, die von jener des Altertums grundverschieden ist, eine Ära, die in gradliniger Entwicklung schließlich bis zur modernen Wohnungskunst führte.



Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 50. Heft des 80. Jahrganges erschienen. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 s. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt der General-Kommission“ für die Lokalvorstände resp. Vertrauensmänner bei.

Versammlungsanzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden so kurz wie möglich gefasste Versammlungsanzeigen unentgeltlich aufgenommen.)

Dienstag, den 24. September:

Cöln: Abends 8 1/2 Uhr im Volkshaus, Severinstr. 197/199. — Wilmheim a. Rh.: Abends 9 Uhr bei Michael Meyer, Deuser Straße 68. — Posen: Eine halbe Stunde nach Feierabend im „Schweizerhof“, Kronprinzenstr. 104.

Mittwoch, den 25. September:

Hamm, Bezirk Ahlen: Abends 8 Uhr bei Sandgarte, Südstraße.

Donnerstag, den 26. September:

Bernau: Abends 8 Uhr. — Schneidemühl: Im Café „Westend“, Berliner Straße.

Freitag, den 27. September:

Bauhen: Eine halbe Stunde nach Feierabend in Wittners Restaurant, An der Petrikirche. — Cassel: Abends 8 Uhr im „Kleinen Stadtpark“, Obere Karlstr. 17. — Eisenach: Nach Arbeitschluss im „Goldenen Engel“, Katharinenstr. 147. — Jena: Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus.

Sonntag, den 28. September:

Afen: Abends 8 Uhr in der Herberge „Zur Heimat“. — Bergedorf: Abends 8 1/2 Uhr im Lokale „St. Petersburg“, Am Schiffwasser. — Brandenburg: Im Volkshaus. — Buer i. W.: Abends 8 Uhr bei Bredenbrock, Hagerstr. 18. — Burg b. Magd.: Im Lokal von Jesse, Holzstr. 2. — Dortmund, Bez. Schwerte: Abends 8 Uhr in der „Reichskrone“, Bezirk Anna: Abends 8 Uhr bei Götz, Flügelfstraße. — Götting: Abends 8 Uhr bei W. Knidrehm, Am Markt. — Gaderleben: Abends 8 Uhr in der Zentralherberge, Gostierstr. 731. — Iserlohn: Bei Adolf Bergfeld, Wirtschaft „Zum alten Turm“. — Nauen: Im „Volksgarten“. — Nienburg a. d. Weser: Im Verkehrslokale von Hülsmann. — Rathenow: Abends 8 Uhr bei Aug. Abtich, Milower Straße 76. — Rostock: Abends 8 1/2 Uhr bei Weiser, Beguinenberg 10. — Rudolstadt: Nach Feierabend im „Gambirius“. — Schnebeck: Im „Bürgerhaus“, Breiter Weg 57. — Triesbe: Abends 8 Uhr im Vereinslokal. — Wanne: Bei Homburg, Schulstr. 24. — Wessellburen: In der „Zentralhalle“. — Wolgast: Abends 8 Uhr. — Witten: Abends 8 Uhr im Verkehrslokale von Heinrich Röhmeier, Arbenstr. 104.

Sonntag, den 29. September:

Arnswalde: Nachm. 3 Uhr im „Goldenen Löwen“. — Belgig: Nachm. 3 Uhr bei Thiele, Sandberg. — Bergen b. Celle, Bezirk Hermannsburg: Nachm. 2 1/2 Uhr bei Nolle. — Bielefeld: Vorm. 9 1/2 Uhr in der „Zentralhalle“, Kaiser-Wilhelm-Platz. — Burg a. Fehmarn: Nachm. 3 Uhr beim Gastwirt Höppner. — Crefeld: Vorm. 11 Uhr im Volkshaus, Ecke Breite und Stephanstraße. — Detmold: Vorm. 9 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Ecke Baulinen- und Freiligrathstraße. — Duisburg-Muhrort: Nachm. 3 Uhr bei Kempen, Oberdammstr. 13. — Düsseldorf: Vorm. 10 Uhr im „Raufhaus“, Berger Straße 8. — Friedland i. Mecklg.: Nachm. 4 Uhr beim Gastwirt Hein Warcken, Anklamer Straße 8. — Fürstentum: Nachm. 4 Uhr bei Paul Niedel, Windmühlenstr. 7. — Hamm i. W.: Bei Siegmund Braun, Königstraße 34. — Hohenfalsa: Nachm. 2 Uhr bei Wenzel, Viehmarkt 1. — Königsutter: Nachm. 3 1/2 Uhr im Lokal „Zum Hofsäger“. — Langelshain a. S. — Lauenburg a. d. Elbe: Nachm. 4 Uhr bei

Paul Paap, Elbstraße. — Memel: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Holzstr. 3 d. — Neurrupin: Nachm. 3 Uhr bei Karl Schäler, Karlstr. 27. — Saarbrücken: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus „Zwoli“, Gerberstr. 24. — Samter: Nachm. 2 Uhr bei Sundmann. — Segeberg: Nachm. 4 Uhr im Hotel „International“. — Treprow a. d. Toll.: Nachm. 4 Uhr im „Kaisergarten“. — Weilheim: Vorm. 10 Uhr im Gasthaus „Zur weißen Rose“. — Wikenhausen: Beim Gastwirt Johannes Brubach in Hundelshausen.

Anzeigen.

(Den Anzeigen wird der Kostenpreis in Klammern beigebrucht. Das Geld ist ohne weitere Aufforderung an den Zentralvorstand einzusenden. Die Beiträge sind nicht durch Postanweisung, sondern durch das Postfachamt Hamburg 11 zu überweisen unter folgender Adresse: „Zur Guttschrift auf das Konto Nr. 3330 des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, Hamburg, bei dem Postfachamt in Hamburg 11.“ Zahlarten sind bei jeder Postanstalt unentgeltlich zu beziehen.)

Godesanzeige. Am 10. August starb infolge eines Unglücksfalles unser treuer Kamerad Hermann Lünecke aus Wedringen im Alter von 55 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle Neuahaldensleben.

Achtung! Zahlstelle Braunschweig. Laut Beschluß haben sich alle zureisenden Kameraden, bevor sie umschauen, beim Vorstehenden Otto Decker, Nidelnufk 43, part., zu melden. Sie erhalten dort einen Meldezettell; ohne diesen kann hier niemand in Arbeit treten.

Zahlstelle Lehe-Geestemünde. In der außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 31. August wurde beschlossen, daß für jeden arbeitslosen sowie zureisenden Kameraden ohne vorherige Meldung beim Vorsitzenden B. Britzwein in Bremerhaven, Deichstr. 55, Zimmer 9, das Umschauen nach Arbeit sowie das Passieren der Arbeitsnachweise für das Baugewerbe und die Schiffswerften verboten ist. Das Bureau ist geöffnet von 9 bis 10 Uhr vormittags und von 6 bis 7 Uhr nachmittags.

Zahlstelle München. Arbeitsnachweis und Bureau: Kapuzinerstr. 7/1; ab 1. Oktober: Gewerkschaftshaus, Pefialoziffstr. 40/44, 3. Stock. Dienstag, den 24. September, abends 7 Uhr: Platz- u. Baudelegiertenversammlung im Restaurant Peterskeller, Viktualienmarkt 13.

Zahlstelle Straubing. Die Adresse des Zahlstellenvorstehenden ist vom 1. Oktober an: Karl Baumgärtner, Straubing, Landshuter Straße 910 1/2, 2. St. Der Vorstand.

Bekanntmachung. Der Zimmerer K. Tiedt hat in Duisburg in der Eigenschaft als Hilfskassierer M. 75,30 veruntreut und ist seit vier Wochen flüchtig; desgleichen ist M. Emmmons als Hilfskassierer von Duisburg-Meiderich mit M. 34,80 seit dem Frühjahr flüchtig. Wer mit den oben Genannten zusammenstößt, wird gebeten, sie gebührend an ihre Pflichten zu erinnern, unbedingt aber ihren Aufenthalt an untenstehende Adresse gelangen zu lassen, damit wir eventuell gerichtlich vorgehen können.

Willi Linnemann, Verb.-Nr. 148231, wird gesucht. Wer seine Adresse kennt, wird gebeten, diese mitzuteilen an H. Hakemann, Bremen, Lehnstedter Straße 52. Hermann Paul, Zimmerer, Verb.-Nr. 9907, gefordert, die schuldigen Kassengelder baldigst zu begleichen. Seine Adresse wird erbeten an Wilh. Gabel, Kassierer, Wittenberge, Steinstr. 19, Hof, 1. Et. Christian Schädler, Verb.-Nr. 85055, geboren in Holzheim b. Göttingen, wird gesucht. Zahlstellenkassierer oder wer seinen Aufenthalt kennt, werden ersucht, seine Adresse mitzuteilen an Kamerad Hermann Wilhelm Gänsicke, Cöln a. Rh., Achterstr. 47.

Verkehrslokale, Herbergen usw. Berlin. Arbeitsnachweis und Bureau der Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen für Berlin und Umg. 80, Engellufer 15, 3. Et., Zimmer 50. Fernsprecher Amt Moritzplatz Nr. 2789. Differenzen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie Unfälle sind hier zu melden. — O. Paul Teich, Kraustr. 36. Amt Königsplatz, Nr. 6716. Bezirk 4. Passiert wird jeden ersten und dritten Sonntag und jeden zweiten und vierten Montag im Monat sowie Zahlstelle der Zentralfrankenkasse. — N. Otto Fiegel, Stolpische Straße 44. Amt Norden, Nr. 8857. Verkehrslokal des Bezirks 16. Arbeitsvermittlung sowie Zahlstelle der Zentralfrankenkasse. — N. Carl Raach, Weissenburger Straße 35. Amt Norden, Nr. 8589. Verkehrslokal des Bezirks 16. Arbeitsvermittlung sowie Zahlstelle der Zentralfrankenkasse. — N. Joh. Allan, Bergstr. 62. Amt Norden, Nr. 1458. Verkehrslokal des Bezirks 11. Arbeitsvermittlung sowie Zahlstelle der Zentralfrankenkasse. — SO. Conrad Feger, Wiener Straße 55. Amt Moritzplatz, Nr. 10908. Verkehrslokal des Bezirks 6. Arbeitsvermittlung sowie jeden zweiten Montag im Monat Zahlabende der Zentralfrankenkasse. — SO. Wilhelm Graber, Kaufherr Platz 8. Amt IV, Nr. 1903. Bezirk 5. Passiert wird jeden ersten und dritten Sonntag und jeden zweiten und vierten Montag im Monat sowie Zahlstelle der Zentralfrankenkasse. — SW. Reinhold Böhmchen, Kreuzbergstr. 12. Amt V, Nr. 4281. Zahlstelle des Bezirks 8. Jeden Sonntag, vormittags von 10 bis 12 Uhr: Entgegennahme der Beiträge sowie Zahlstelle der Zentralfrankenkasse. — Breslau. Bureau der Zahlstelle und Arbeitsnachweis: Gewerkschaftshaus, Margaretenstr. 17, part. Gedffn. vorm. von 10 bis 12 Uhr u. nachm. von 3 bis 4 Uhr. Arbeitslokl und Jugereffe haben sich dort zu melden. — Braunschweig. Zureisende Mitglieder sind verpflichtet, ehe sie umschauen, sich im Verkehrslokal und Herberge bei M. Both, „Stadt Hamburg“, Reichstr. 17, zu melden. — Chemnitz. Bureau und Arbeitsnachweis befinden sich im Volkshaus „Kolloseum“, Zwickauer Straße 162, 1. Et., Zimmer 15. Herberge bei Verkehrslokale: Volkshaus und „Plauenische Bierhalle“, Gaimstr. 41. Zureisende Kollegen sind verpflichtet, ehe sie umschauen, sich im Bureau zu melden. Gedffn. 11—1 Uhr und nachmitt. 5—7 1/2 Uhr. — Cöln a. Rh. Versammlungslokal und Herberge: Volkshaus, Severinstr. 197/199. Verkehrslokal: Heinrich Compesch, Kämmergasse 18. Meldungen, ganz gleich welcher Art, sind im Zahlstellenbureau, Perlengraben 93, 1. Et., zu erstatten; gedffnet abends von 7 bis 9, Sonntags von 10 bis 12 Uhr vorm. Zureisende haben sich zwecks Vermittlung von Arbeitslokl, bevor sie umschauen, ebenfalls dort zu melden. — Dortmund. Verbandsbureau, Arbeitsnachweis und Herberge im Gewerkschaftshaus, Lessingstraße 32. Zureisende Mitglieder sind verpflichtet, ehe sie umschauen, sich daselbst zu melden. — Dresden. Verbandsbureau, Arbeitsnachweis und Herberge befinden sich im Volkshaus, Rigenbergstr. 2, 2. Et., 3. 27 und Maxstr. 13 (Nähe Wettiner Bahnhof); Telefon Nr. 10425. — Hamburg. Bureau des Zentralverbandes der Zimmerer Hamburgs und Umgegend: Wesenbinderhof 57/60, 2. Et. Telefon: Gruppe 6, 4426. Gedffnet vorm. 11—1 Uhr, nachm. 6—7 Uhr. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zimmerer Hamburgs und Umgegend sind hier zu melden. Zureisende Kameraden haben die Pflicht, bevor sie nach Arbeit umschauen, sich im vorstehend benanntgebenen Bureau zu melden. Meisterverzeichnisse werden dort unentgeltlich verabfolgt. — Hamburg-Altona. Bez. 15. Verkehrslokal und Herberge bei J. Brockmann, Bohmühlenstr. 36. Jeden zweiten Mittwoch im Monat Zusammenkunft und jeden zweiten und vierten Sonnabend im Monat Zahlabende. — Bez. 16. Verkehrslokal bei G. Gertens, Al. Bergstr. 18. Zusammenkunft jeden ersten Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr. — Hamburg-Alst. Verkehrslokal bei Ch. Erhorn, Mühlenhoffstr. 29/30. Am ersten Mittwoch jedes Monats, abends 8 1/2 Uhr, Zusammenkunft. Jeden Sonntag von 11 bis 12 Uhr mittags werden Beiträge entgegengenommen. — Hamburg-Hammerbrook. Ernst Senning, Gothenstr. 58. Verkehrslokal. Am ersten Sonntag eines jeden Monats, morgens 9 1/2 Uhr, Zusammenkunft. Beitragsentgegennahme für die Zentralfrankenkasse am ersten Sonntag im Monat, vormittags von 10 bis 12 Uhr. — Hamburg-Neustadt. Bezirks- und Verkehrslokal bei F. Kröger, Grobneumarkt 36, Keller. Telefon: Gr. I, 3809, Nr. 1. Beiträge werden Sonntags von 12 bis 1 Uhr mittags entgegengenommen. Zusammenkünfte werden durch Rauchfessel benanntgegeben. — Hamburg-St. Georg. Bezirkslokal der Zimmerer bei Fr. Prinz, Ecke Bayer- und Borgehlstraße. Jeden Sonntag von 11 bis 12 Uhr Sahtag. Jeden zweiten Sonntag im Monat, morgens 9 1/2 Uhr, Zusammenkunft. — Hamburg-St. Pauli. Verkehrslokal bei D. Schmidt, Bartelsstr. 63. Telefon: Gr. I, 9055, unter Punkt. Jeden Sonnabend Zahlabend. Zusammenkunft jeden zweiten Sonnabend im Monat. — Hamburg-Simsbüttel. Albert Lemke, Verkehrslokal, Wellenlancestr. 45. Jeden Sonnabend Zahlabend. Jeden letzten Sonnabend im Monat Zahlabend der Zentralfrankenkasse. Telefon: Gr. 6, 2782. — Hamburg-Darbed. D. Memeyer, Dehnhatde 129. Vermietung von Zimmerverfueg. — Verkehrslokal bei S. Rohweder, Könnhaldstr. 67. Teleph.: Gr. 6, 3076. Am zweiten Montag eines jeden Monats Zusammenkunft. Sonntags vormittags von 11 bis 1 Uhr Beitragsentgegennahme. — Hamburg-Samm, Sorn, Borgfelde. Verkehrslokal bei Peter Dose, Mittelstr. 95. Telefon: Gr. 4, 747. Am zweiten Dienstag eines jeden Monats Zusammenkunft. — Hamburg-Blumenhorst. Leop. Haeblich, Mozartstr. 17. Verkehrslokal der Zimmerer. Jeden zweiten Dienstag im Monat Zusammenkunft. — Hamburg-Eppendorf. Paul Dierks, Martinststr. 5. Telefon: Gr. 5, 1430, Nr. 1. Verkehrslokal für Zimmerer. Jeden dritten Mittwoch im Monat Zusammenkunft. — Hamburg-Ottensen. Bezirk 17. Verkehrslokal bei S. Geborn, Wahrenfelder Straße 124. Zusammenkunft jeden ersten Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr. — Hamburg-Weddel. Bezirk 5. Verkehrslokal bei Adolf Winter, Webdeler Marktplatz 4. Telefon: Gr. 4, 5435. Zusammenkünfte gemeinschaftlich mit Bezirk 6 jeden zweiten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr. — Hamburg-Neuenburgort. Verkehrslokal bei Friedrich Göthe, Ecke Nöhrendamm und Hindleystraße. Telefon: Gr. 4, 2190. — Hamburg-Wilhelmsburg. Bezirk 25 und 26. Verkehrslokal und Herberge bei Niekmann, Vogelbüttendieck 23. Telefon: Gr. 4, 3476. Jeden ersten Sonntag im Monat, nachmittags 4 Uhr, Zusammenkunft. — Hamburg-Winterhude. Bezirk 11. Verkehrslokal bei S. Schulz, Winterhuder Marktplatz 16. Telefon: Gr. 6, 6919. Zusammenkunft jeden zweiten Montag im Monat, abends 8 1/2 Uhr. — Hannover. Bureau und Arbeitsnachweis im Gewerkschaftshaus, Altonaistr. 7, 2. Et., Zimmer 28. Telefon 3170. Gedffnet von 10 bis 1 Uhr und von 5 bis 7 Uhr. Sonntags von 11 bis 1 Uhr. Herberge Eingang Odeonstr. 15/16. Jeden ersten und dritten Sonntag im Bureau der Zahlstelle der Zentralfrankenkasse der Zimmerer. — Kiel. Bureau der Zahlstelle Kiel und Umgegend: Gewerkschaftshaus, Fährstr. 24, 2. Et. Telefon 2241. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Zimmerer sind hier zu melden. Zureisende Kameraden sind verpflichtet, bevor sie nach Arbeit umschauen, sich im Bureau zu melden. Versammlung jeden zweiten Mittwoch im Monat. — Königsberg i. Pr. Bureau, Zahlstelle: Tamnaustr. 28, 2. Et. Telefon 2827. Sprechstunden von 9 bis 11 Uhr und von 5 bis 7 Uhr. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind hier zu melden. Zureisende Kameraden sind verpflichtet, bevor sie nach Arbeit umschauen, sich im Bureau zu melden. Versammlung jeden Dienstag nach dem 15. im Monat Tamnaustr. 28. — Leipzig. Robert Beger, Südr. 49. Verkauf und Vermietung von Zimmerverfueg. — Lübeck. Die Versammlungen der Zahlstelle finden Donnerstags nach dem 1. und 15. eines jeden Monats im Gewerkschaftshaus, Johannesstraße 60/52, statt. Zimmerverherberge bei Johs. Mohr, Hundestr. 101. — Magdeburg. Geschäftsstelle Fachlochlager 9. Telefon 2406. Arbeitslosenmeldung von 10 bis 12 Uhr vormittags. Auszahlung der Reiseunterstützung von 5 bis 7 Uhr, Sonntags von 11 bis 12 Uhr vormittags. Verkehrslokl und Herberge: „Zur neuen Welt“, Fachlochlager 9. — München. Bureau der Zahlstelle und Arbeitsnachweis: Pefialoziffstr. 40/44, Gewerkschaftshaus, 3. Etoc. Telefon 51030. Sprechstunden von 10 bis 12 Uhr vorm. und von 5 bis 7 1/2 Uhr abends. Arbeitslosenmeldung von 10 bis 12 Uhr vorm. Auszahlung der Reiseunterstützung: 5—7 Uhr. Sonntags geschlossen. Zentralherberge: Am Glockendach 10. — Nürnberg. Bureau der Zahlstelle: Breite Gasse 25/27, 2. Et., Nr. 15. Zimmer 15. Dasselbst Auszahlung der Reise- und Arbeitsloklunterstützung. Versammlung jeden ersten Dienstag im Monat in der „Goldenen Rose“, Webers Platz 6. Zentralherberge: Gewerkschaftshaus, „Historischer Hof“, Neue Gasse 13. Arbeit suchende Kameraden werden ersucht, den Arbeitsnachweis, Fabrikstr. 3, zu melden und sich im Zahlstellenbureau zu melden. — Wilhelmshaven u. Umg. Bureau: Vant, Nüßinger Straße 23, part. Gedffnet: Wochentags von 7 bis 8 Uhr abends. Jugereffe haben sich vor dem Umschauen nach Arbeit im Bureau zu melden.